

Handbuch des Schuldrechts

4/2



Handbuch des Schuldrechts

in Einzeldarstellungen

Band 4/Teilband 2

Dieter Reuter und Michael Martinek

Ungerechtfertigte Bereicherung

2., völlig neu bearbeitete Auflage

2. Teilband

Dreiecksverhältnisse – Bereicherungshaftung –
Konkurrenzen – Erkenntnisleitende Grundgedanken –
Reformvorstellungen

von

Dieter Reuter (†)

Mohr Siebeck

Dieter Reuter (1940–2016): Professor für Bürgerliches Recht, Handels- und Gesellschaftsrecht, Arbeitsrecht und Rechtstheorie an den Universitäten Berlin (FU), Tübingen und Kiel; Richter am Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht.

ISBN 978-3-16-154527-6

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2016 by Mohr Siebeck, Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von pagina in Tübingen gesetzt, von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

In memoriam

Dieter Reuter, der Alleinautor dieses 2. Teilbands und der Mit-Herausgeber des Gesamtwerks „Ungerechtfertigte Bereicherung“, ist am 17. März 2016 bei einem Verkehrsunfall als unbeteiligter Fußgänger während seines täglichen Spaziergangs auf tragische Weise ums Leben gekommen. Zwei Tage vorher hatte er die letzten Korrekturfahnen des Sachverzeichnisses mit seinem Imprimatur zum Verlag gesandt. Dieter Reuter wurde bei guter Gesundheit 75 Jahre alt. Die deutsche Zivilrechtswissenschaft hat mit ihm einen wegweisenden Denker, einen vorbildlichen Hochschullehrer und einen herzenguten Menschen verloren.

Michael Martinek

Vorwort zur Neuauflage des Handbuchs der Ungerechtfertigten Bereicherung

Seit Erscheinen der 1. Auflage des Handbuchs der Ungerechtfertigten Bereicherung sind fast 33 Jahre verstrichen. Seit Anfang der 90er Jahre kündigt der Verlag in unregelmäßigen Abständen die 2. Auflage an. Tatsächlich haben wir seitdem mehrere Anläufe unternommen. Doch sind diese jeweils infolge termingebundener anderweitiger Verpflichtungen so sehr ins Stocken geraten, dass sie alsbald wieder von der seit Jahren reißenden Flut bereicherungsrechtlicher Entscheidungen und Veröffentlichungen begraben worden sind. Inzwischen ist der Änderungs- und Ergänzungsbedarf so sehr angewachsen, dass wir uns zu einer weitgehenden Neubearbeitung haben entschließen müssen.

Zu diesem Entschluss hat nicht zuletzt beigetragen, dass die erste Auflage neben Zustimmung namentlich im Standardschrifttum vielfachen Widerspruch erfahren hat, der sich sowohl gegen die Lösung von Detailproblemen als auch gegen die entwickelten Grundvorstellungen richtet. Dementsprechend ist alles noch einmal auf den Prüfstand gestellt worden. Soweit die Kritik aus unserer Sicht berechtigt ist, trägt die 2. Auflage ihr Rechnung. Soweit die Einwände uns unberechtigt erscheinen, bemüht sie sich um eine vertiefte Auseinandersetzung mit den im Einzelnen vorgetragenen Argumenten. Dies sowie die Berücksichtigung von in den Entdeckungsverfahren Praxis und rechtswissenschaftlicher Diskurs seit 1983 zutage getretenen zusätzlich erörterungsbedürftigen Problemen bedingen, verglichen mit der 1. Auflage, eine beträchtliche Ausweitung des Umfangs des Werks. Wir haben uns deshalb im Einvernehmen mit dem Verlag entschlossen, es in zwei Teilbände aufzuteilen. Der hiermit vorgelegt Teilband 2 stammt von Dieter Reuter. Der für 2017 geplante Teilband 1 wird von Michael Martinek bearbeitet. Inhaltlich entspricht diese Aufteilung der Aufteilung der Themenbereiche in der 1. Auflage. Im Teilband 1 wird im Kapitel Internationales Bereicherungsrecht ein Paragraph über „Die ungerechtfertigte Bereicherung in der Rechtsvergleichung“ neu hinzukommen. Wie die erste Auflage möchten wir auch die zweite als einheitliches Gesamtwerk verstanden wissen, das ungeachtet der Aufteilung in zwei Bände von den gleichen, in der Diskussion der Einzelprobleme stets sichtbar bleibenden Grundgedanken beherrscht wird.

Sie sind in Kapitel IV des vorliegenden Teilbands 2 unter dem Titel „Das Bereicherungsrecht in einer auf Wertungs- und Wirkungswiderspruchsfreiheit angelegten Gesamtrechtsordnung“ mit ihren wichtigsten Konsequenzen akzentuiert zusammengefasst.

Eigentlich war ein gleichzeitiges Erscheinen beider Teilbände geplant. Doch hat sich unsere ursprüngliche Vorstellung, wir könnten unsere Teile trotz der inzwischen sehr unterschiedlichen Belastung des Emeritus Reuter und des noch aktiven Hochschullehrers Martinek mit anderweitigen Aufgaben in einem annähernd gleichen Zeitraum fertigstellen, als Illusion erwiesen. Wir sind daher dem Verlag Mohr Siebeck sehr dankbar dafür, dass er sich mit einer zeitlich getrennten Veröffentlichung der Teilbände einverstanden erklärt hat. Dank schulden wir ferner Frau Edeltraud Strzelecki (Kiel), die aus dem handschriftlichen Manuskript des vorliegenden Teilbandes in seiner im Frühjahr 2014 abgeschlossenen „Urfassung“ PC-Dokumente angefertigt hat, sowie den Mitarbeitern des Lehrstuhls Martinek, Frau Salome Paulus und Herrn Christian Gies, die die nicht wenigen danach noch vorgenommenen Änderungen und Ergänzungen in die PC-Fassung nachgetragen bzw. das Inhaltsverzeichnis, das Abkürzungsverzeichnis, das Stichwortverzeichnis und das Entscheidungsregister erstellt haben.

Dieter Reuter und Michael Martinek,
Kiel und Saarbrücken, im Januar 2016

Inhaltsübersicht über beide Bände

Band 1

Michael Martinek,

Ungerechtfertigte Bereicherung Bd. 1:

Grundlagen – Leistungskonditionen – Nichtleistungskonditionen –
Sonstiges – Internationales

Vorwort

Abkürzungsverzeichnis

Kapitel I:

Die Grundlagen des Bereicherungsrechts

- § 1 Die dogmengeschichtliche Entwicklung des Bereicherungsrechts und seine Kodifikation im BGB
- § 2 Die Grundzüge der bereicherungsrechtlichen Theorieentwicklung seit Inkrafttreten des BGB
- § 3 Die neue Typologie der Konditionen

Kapitel II:

Die Leistungskonditionen

- § 4 Funktionen und Gemeinsamkeiten der Leistungskonditionen
- § 5 Die einzelnen Leistungskonditionen
- § 6 Die Konditionssperren

Kapitel III:

Die Nichtleistungskonditionen

- § 7 Die allgemeine Eingriffskondiktion
- § 8 Die Eingriffskonditionen wegen Rechtsvereitelung
- § 9 Die Rückgriffs-, die Aufwendungs- und die Abschöpfungskondiktion

Kapitel IV:

Sonstiges Bereicherungsrecht

- § 10 Die Bereicherungseinrede
- § 11 Verjährung, Beweisfragen und Auskunftspflichten
- § 12 Der öffentlich-rechtliche Erstattungsanspruch

Kapitel V:

Internationales Bereicherungsrecht

- § 13 Die ungerechtfertigte Bereicherung im Internationalen Privatrecht
- § 14 Die ungerechtfertigte Bereicherung in der Rechtsvergleichung

Literaturverzeichnis

Entscheidungsregister

Sachregister

Band 2

Dieter Reuter,

**Ungerechtfertigte Bereicherung Bd. 2:
Dreiecksverhältnisse – Bereicherungshaftung – Konkurrenzen –
Erkenntnisleitende Grundgedanken – Reformvorstellungen**

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXXI

Kapitel I:

Die bereicherungsrechtlichen Dreiecksverhältnisse

§ 1 Grundlagen	3
§ 2 Die Anweisungsleistung	43
§ 3 Sonderkonstellationen des bereicherungsrechtlichen Dreiecksverhältnisses	107
§ 4 Die unechten Dreiecksverhältnisse	177

Kapitel II:

Die Bereicherungshaftung

§ 5 Vermögens- oder Gegenstandsorientierung des Bereicherungsanspruchs?	185
§ 6 Der primäre Gegenstand des Herausgabeanspruchs	221
§ 7 Surrogat, Nutzungen, Wertersatz	275
§ 8 Der Entreicheringseinwand	341
§ 9 Die verschärfte Haftung des Bereicherungsschuldners	425

Kapitel III:

Das Bereicherungsrecht im Anspruchssystem des BGB

§ 10	Bereicherungsrecht und allgemeines Schuldrecht	467
§ 11	Bereicherungsrecht und Eigentümer-Besitzer-Verhältnis	483
§ 12	Bereicherungsrecht und Geschäftsführung ohne Auftrag	541
§ 13	Bereicherungsrecht und spezialgesetzlich geordnete Bereicherungstatbestände	567
§ 14	Rechtsgrundlagen- und Rechtsfolgenverweisungen auf das Bereicherungsrecht	579

Kapitel IV:

**Zusammenfassung: Bereicherungsrecht in einer auf Wertungs- und
Wirkungswiderspruchsfreiheit angelegten Gesamtrechtsordnung
(Erkenntnisleitende Grundgedanken)**

§ 15	Integriertes Ausgleichsrecht statt autonomes Billigkeitsrecht	601
§ 16	Der Einfluss der public policy	615
§ 17	Die normativ-funktionale Kondiktionentypologie	623

Kapitel V:

Reformvorstellungen

§ 18	Reformvorschläge zum deutschen Recht (Entwurf König)	639
§ 19	Vorschläge zur europäischen Rechtsangleichung	651
	Literaturverzeichnis	657
	Entscheidungsregister	673
	Sachregister	677

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXXI

Kapitel I:

Die bereicherungsrechtlichen Dreiecksverhältnisse

§ 1 Grundlagen	3
I. Die Besonderheiten der Dreiecksverhältnisse	3
1. Meinungen	3
a) Herrschende Meinung	3
b) Abweichende Positionen	4
2. Stellungnahme	6
a) Die Parallele zum Erfüllungsrecht	6
b) Fehlverständnis des Erfüllungsrechts bei Kupisch/Lieb	10
c) Fehlverständnis der Anweisung bei Hassold	12
d) Leistungsbegriff und Bereicherungsausgleich	13
aa) Grenzen des Leistungsbegriffs	13
bb) Maßgeblichkeit des von dem kondiktionsauslösenden Mangel betroffenen Rechtsverhältnisses statt Maßgeblichkeit des Leistungsverhältnisses?	14
cc) Offene statt rechtsgeschäftliche Zuordnung?	18
(1) Grundsatz: Rechtsgeschäftliche Partnerwahl	18
(2) Ausnahme: Kollision der rechtsgeschäftlichen Partnerwahl mit Wertungen zwingenden Gesetzesrechts	20
3. Fazit	23
II. Das Verhältnis von Leistungserwerb und Bereicherung in sonstiger Weise im Dreiecksverhältnis	24
1. Meinungsstand	24

a) Das Problem	24
b) Die Lösung der Rechtsprechung	25
c) Der Standpunkt der Literatur	26
aa) Gläubigerbezogene Subsidiarität	26
bb) Schuldnerbezogene Subsidiarität	27
2. Stellungnahme	28
a) Die gläubigerbezogene Subsidiarität	28
b) Die schuldnerbezogene Subsidiarität	29
aa) Die Fragestellung	29
bb) Verstoß gegen § 951 I 1 BGB?	30
cc) Wertungswiderspruch zu den §§ 932 ff. BGB?	30
dd) Unvereinbarkeit mit der Rechtsfortwirkungsfunktion der Nichtleistungskondiktion?	33
(1) Keine Rechtsfortwirkungsfunktion des § 816 I 1 BGB?	33
(2) Analoge Anwendung des § 816 I 1 BGB kraft Genehmigung analog § 185 II BGB?	35
ee) Unvereinbarkeit mit dem Gebot der Gleichbehandlung des Gleichartigen?	37
(1) Unschlüssige Berufung auf BGHZ 55, 176	37
(2) Rechtfertigung der schuldnerbezogenen Subsidiarität durch das Gebot der Gleichbehandlung des Gleichartigen	38
3. Fazit	40
 § 2 Die Anweisungsleistung	 43
I. Das erlangte Etwas	43
1. Meinungsstand	43
2. Interessenanalyse und -bewertung	45
3. Dogmatische Einordnung	46
II. Der Bereicherungsausgleich bei „intakter Anweisung“	48
1. Die Richtung des Bereicherungsausgleichs	48
2. Der Inhalt des Bereicherungsausgleichs	49
a) Meinungsstand	49
b) Stellungnahme	50
III. Der Bereicherungsausgleich bei „defekter Anweisung“	52
1. Das Problemfeld	52
2. Die Rechtsprechung	53
a) Lösungen mit Hilfe des herrschenden Leistungsbegriffs	53

b)	Lösungen mit Hilfe von Einschränkungen des herrschenden Leistungsbegriffs	55
c)	Ablehnung von Leistungen bei fehlender und nicht zurechenbarer Anweisung	57
3.	Das Schrifttum	59
a)	Lösungen mit Hilfe des herrschenden Leistungsbegriffs	59
b)	Lösungen mit Hilfe von Einschränkungen des herrschenden Leistungsbegriffs	60
aa)	Sphärentheorie	60
bb)	Veranlassungstheorie	60
cc)	Differenzierungstheorie (Canaris)	61
dd)	Durchgriffstheorie (Kupisch, Lieb)	62
4.	Stellungnahme	63
a)	Dogmatische Basis	63
b)	Diskussion der Einzelprobleme	66
aa)	Die fehlende Anweisung	67
bb)	Fehlende Geschäftsfähigkeit des Anweisenden	69
cc)	Verbots- und Sittenwidrigkeit der Anweisung	71
dd)	Widerruf der Anweisung	72
ee)	Angefochtene Anweisung	75
ff)	Einfluss der Insolvenz	76
(1)	Insolvenz des Anweisenden	76
(2)	Insolvenz des Zuwendungsempfängers	79
IV.	Die Besonderheiten des Bereicherungsausgleichs im bargeldlosen Zahlungsverkehr	80
1.	Der Einfluss der §§ 675c – 676c BGB auf den Bereicherungsausgleich im bargeldlosen Zahlungsverkehr	80
a)	Sperre des Bereicherungsausgleichs im Falle fehlender Autorisierung?	80
b)	Abschöpfungs- statt Leistungskondition der Bank im Fall fehlender Autorisierung der Überweisung durch den Überweisenden	83
2.	Der Bereicherungsausgleich im Überweisungsverkehr	85
a)	Leistung der (Empfänger-) Bank an den Überweisungsempfänger?	85
b)	Gutgläubensschutz im Überweisungsverkehr	87
c)	Auswirkung der Insolvenz des Überweisenden	94
3.	Der Lastschriftverkehr	95
a)	Einzugsermächtigungsverfahren	95
b)	Abbuchungsauftragsverfahren, SEPA-Lastschrift	97
4.	Das Kreditkartensystem	98

a) Die bereicherungsrechtlich relevanten Rechtsbeziehungen	98
b) Einzelheiten	100
5. Der Scheckverkehr	103
a) Die Besonderheiten	103
b) Der defekte Scheck	104
c) Der widerrufen Scheck	105
§ 3 Sonderkonstellationen des bereicherungsrechtlichen Dreiecksverhältnisses	107
I. Der Irrtum des Angewiesenen	107
1. Rechtsprechung	107
2. Schrifttum	108
3. Stellungnahme aus dogmatischer Sicht	109
a) Der Postanweisungsfall	109
b) Der Idealheim-GmbH-Fall	110
II. Die sog. Einbaufälle	114
1. Rechtsprechung	114
2. Kritik der ablehnenden literarischen Stellungnahmen	115
3. Grenzen des Schutzes des Bauherrn	117
III. Bezahlung fremder Schulden	120
1. Dritt- und Anweisungsleistung	120
2. Das Problemfeld	121
a) Bestehen der Schuld	121
b) Nichtbestehen der Schuld	123
c) Nachträgliche Erklärung des Drittleistungswillens	124
3. Der Empfänger der Drittleistung	125
a) Generelle Gleichbehandlung von Dritt- und Anweisungsleistung?	125
b) Gleichbehandlung von veranlasster Drittleistung und Anweisungsleistung?	128
4. Rückgriff des Dritten	131
5. Die Nachholbarkeit des Drittleistungswillens	133
a) Grundsätzliche Vorzugswürdigkeit	133
b) Schlüssige Einwände?	134
c) Möglichkeit und Grenzen einer Analogie zur Aufrechnung	137
IV. Der Bereicherungsausgleich bei echten Verträgen zugunsten Dritter	138
1. Meinungsstand im Schrifttum	138

2. Die Rechtsprechung	140
3. Kritik der Einheitslösungen	141
4. Differenzierungskriterien	145
V. Der Bereicherungsausgleich bei angenommener Anweisung	147
VI. Der Bereicherungsausgleich in Zessionsfällen	148
1. Meinungsstand im Schrifttum	148
a) Mangel der Abtretung	148
b) Mangel der abgetretenen Forderung	149
2. Rechtsprechung	151
3. Stellungnahme	154
a) Die bereicherungsrechtsdogmatische Argumentation ...	154
b) Wertungswiderspruch zum Rücktrittsrecht?	155
c) Wertungswiderspruch zum Abtretungsrecht?	156
d) Widerspruch zur Behandlung der Anweisungsfälle? ...	157
e) Fazit	158
VII. Der Bereicherungsausgleich im Fall des Bestehens akzessorischer Sicherungsrechte	160
1. Meinungsstand	160
2. Stellungnahme	161
VIII. Der Bereicherungsausgleich bei Schuldübernahme, Schuldbeitritt und Erfüllungsübernahme	163
1. Schuldübernahme	163
2. Schuldbeitritt	165
3. Erfüllungsübernahme	167
IX. Der Bereicherungsausgleich im Fall verbundener Geschäfte	169
1. Rückabwicklung nach Widerruf des Verbrauchers	169
2. Rückabwicklung wegen Nichtigkeit des Umsatz- und/oder Kreditgeschäfts	171
§ 4 Die unechten Dreiecksverhältnisse	177
I. Die Leistung durch Hilfspersonen	177
1. Zwei- oder Dreipersonen-Verhältnis?	177
2. Der Hemdenfall	178
II. Die mittelbare Stellvertretung (Versionsklage)	180

Kapitel II:
Die Bereicherungshaftung

§ 5	Vermögens- oder Gegenstandsorientierung des Bereicherungsanspruchs?	185
I.	Die Sicht des historischen Gesetzgebers	185
	1. Die Entstehungsgeschichte	185
	2. Regelungsfehler der BGB-Väter?	188
	3. Fazit	189
II.	Der Grund für die heutigen Schwierigkeiten	190
III.	Der aktuelle Meinungsstand	192
	1. Das Schrifttum	192
	a) Korrektur innerhalb der Konzeption des historischen Gesetzgebers	192
	b) Korrektur durch punktuelle Durchbrechung der Konzeption des historischen Gesetzgebers	193
	c) Korrektur durch Abschied von der Konzeption des historischen Gesetzgebers	196
	2. Die Rechtsprechung	199
IV.	Stellungnahme	202
	1. Die Berücksichtigung der Ursachenabhängigkeit der Bereicherung innerhalb der Konzeption des historischen Gesetzgebers?	202
	2. Das Verhältnis von Kondiktionsart und Kondiktionsinhalt	204
	a) Für die Verschiedenheit des Kondiktionsinhalts je nach Kondiktionsart	204
	b) Zu den Einwänden	209
	aa) Unvereinbarkeit mit dem Gesetz und Impraktikabilität?	209
	bb) Fehlende Konsistenz der Bekenntnisse zur Einheit des Kondiktionsinhalts	211
	3. Die Art und Weise des Einflusses der Kondiktionsart auf den Kondiktionsinhalt	215
§ 6	Der primäre Gegenstand des Herausgabeanspruchs	221
I.	Der Gegenstand des Herausgabeanspruchs im Fall der Leistungskondiktion	221
	1. Das Problemfeld	221
	2. Kritik und eigene Ansicht	223

a) Notwendigkeit eines Erwerbs durch Leistung	223
b) Mögliche Beschaffenheit des erlangten Etwas	224
c) Das „erlangte Etwas“ in den Dienst- und Werkleistungsfällen	225
d) Das „erlangte Etwas“ in den Gebrauchsüberlassungsfällen	228
aa) Meinungsstand	228
bb) Stellungnahme	229
e) Der Gegenstand des Herausgabeanspruchs des Versicherers im Fall der Rückabwicklung unwirksamer Versicherungsverträge	237
3. Fazit	238
II. Der Gegenstand des Herausgabeanspruchs im Fall der Nichtleistungskonditionen	239
1. Der grundsätzliche Ansatz	239
2. Das Erlangte im Fall der Eingriffskondiktion	240
a) Die Besonderheit der Verbrauchs- und Gebrauchsfälle	240
b) Die Rechtsprechung und die Resonanz im Schrifttum ...	242
c) Stellungnahme	244
aa) Der Ansatz	244
bb) Wertersatz als Mindestbereicherung	245
cc) Wertersatz als Höchstbereicherung?	250
(1) Die pro-Argumente	250
(2) Kritik	250
(3) Gewinnhaftung und Herausgabe des <i>commodum</i> <i>ex negotiatione</i>	253
dd) Fazit	255
3. Das Erlangte im Fall der Rückgriffskondiktion	255
a) Anwendungsbereich der Rückgriffskondiktion	255
b) Aufgedrängte Bereicherung?	256
c) Analoge Anwendung der §§ 404 ff. BGB statt Herausgabe der Bereicherung	257
4. Das Erlangte im Fall der Aufwendungskondiktion	258
a) Abgrenzung zu anderen Kondiktionsarten	258
b) Die Bedeutung des § 687 II BGB	259
aa) Inhalt des § 687 II BGB	259
bb) Konsequenzen für die Aufwendungskondiktion ...	260
cc) Kritik abweichender Schlussfolgerungen	261
(1) Rechtsprechung	261
(2) Schrifttum	262

dd) Kein die Kondiktionsarten übergreifendes Problem der aufgedrängten Bereicherung	265
c) Abweichende Rechtslage bei Gutgläubigkeit des Eingreifenden?	266
d) Begrenzung des Anspruchs aus Aufwendungskondiktion durch den Aufwand des Konditionsschuldners?	270
e) Der (vermeintliche) Fremdbesitzer als Täter unbefugter eigener und Nutznießer „aufgedränger“ Aufwendungen des Eigentümers	271
5. Das Erlangte im Fall der Abschöpfungskondiktion (allgemeinen Nichtleistungskondiktion)	272
§ 7 Surrogat, Nutzungen, Wertersatz	275
I. Der Anspruch auf die Herausgabe von Surrogaten	275
1. Meinungsstand	275
2. Surrogat mit oder ohne Einschluss des <i>commodum ex negotiatione</i> ?	276
3. Der Inhalt des <i>commodum ex re</i>	279
II. Nutzungen	282
1. Das Problemfeld	282
2. Restriktion des Nutzungsbegriffs?	286
3. Der Nutzungsausgleich im Fall gesetzlichen Ausschlusses der „Naturalrestitution“ (§ 951 I 1 BGB)	289
4. Herausgabe des Unternehmensgewinns nach § 818 I BGB	292
III. Wertersatz	296
1. Verhältnis Surrogatherausgabe – Wertersatz	296
2. Unmöglichkeit der Herausgabe	297
a) Der Meinungsstand	297
aa) Schrifttum	297
bb) Rechtsprechung	297
b) Stellungnahme	299
aa) Leistungskondiktion	299
bb) Nichtleistungskondiktion	302
c) Die Konsequenzen im Einzelnen	304
aa) Die Belastung des ohne Rechtsgrund erworbenen Gegenstands durch den Konditionsschuldner (BGHZ 112, 376)	304
bb) Die Belastung fremden Eigentums (RGZ 158, 40) ...	310
cc) Die Bebauung eines rechtsgrundlos erworbenen Grundstücks	312

dd) § 18 II BGB und das Problem der Teilunmöglichkeit	316
ee) Unmöglichkeit der Herausgabe rechtsgrundlos empfangener vertretbarer Sachen und rechtsgrundlos empfangenen Geldes	317
3. Der Wertbegriff des § 818 II BGB	321
a) Meinungsstand	321
b) Stellungnahme	323
4. Die Ermittlung des (objektiven) Werts	326
a) Konkrete ex-post-Beurteilung des Wertes in § 818 II BGB?	326
b) Der Zeitpunkt der Wertermittlung	329
aa) Der Meinungsstand	329
bb) Stellungnahme	331
(1) Die Rechtslage in der Normalsituation	331
(2) Abweichende Rechtslage in den Fällen des § 951 I BGB?	335
§ 8 Der Entreichereinwand	341
I. Der Meinungsstand	341
1. Die Problemstellung	341
2. Die Lehre Flumes und seiner Schüler	342
3. Die Konzeption Rengiers und L. C. Wolffs	344
4. Die h.M.	345
a) Rechtsprechung	346
b) H.L.	348
5. Stellungnahme	349
a) Flume-Schule	349
b) Rengier, L. C. Wolff	350
c) Verständnis des § 818 III BGB als Privileg des gutgläubigen Bereicherungsschuldners	352
d) Lehre vom normativen Bereicherungsbegriff	354
e) Fazit	358
II. § 818 III BGB und die Leistungskondiktion	359
1. Der Bedarf nach Abstimmung auf die §§ 346 ff. BGB	359
2. § 818 III BGB und der rechtsgrundlose einseitige Leistungsempfang	360
a) Der Wegfall des Erlangten	360
b) Abzugsfähigkeit von Nachteilen am sonstigen Vermögen des Schuldners	363
aa) Kosten des Vertragsschlusses und der Vertragsdurchführung	363

bb) Aufwendungen auf das Erlangte	365
cc) Sonstige Dispositionen des Bereicherungsschuldners über sein Vermögen im Vertrauen auf die Rechtsbeständigkeit des Erwerbs	368
dd) Im Zusammenhang mit dem Erwerb erlittene Schäden des Bereicherungsschuldners	370
ee) Rückabwicklungskosten	371
3. § 818 III BGB und die Rückabwicklung nichtiger gegenseitiger Verträge	372
a) Die Entwicklung der Rechtsprechung	372
b) Der aktuelle Meinungsstand im Schrifttum	377
aa) Widersprüchliche Anwendung der Saldotheorie	377
bb) Grundsätzliche Alternativen zur Saldotheorie	379
(1) Schwächen der Saldotheorie	379
(2) Lehre von der Gegenleistungskondiktion	379
(3) Lehre vom sog. faktischen Synallagma	381
c) Stellungnahme	382
aa) Die Aufgabe	382
bb) Kein Wertungswiderspruch zwischen Rücktrittsrecht und Zweikondiktionenlehre?	384
cc) Bereicherungsrechtsimmanente Berücksichtigung des Synallagmas?	386
dd) Das Gebot der Anpassung der Rückabwicklung nichtiger gegenseitiger Verträge an die §§ 346 ff. BGB	389
(1) Grundsatz	389
(2) Gefahrverteilung	390
(3) Nutzungsherausgabe und Aufwendungsersatz	393
ee) Vergleich der analogen Anwendung der §§ 346 ff. BGB mit der Rechtsprechung des BGH	395
4. Die Bereicherungshaftung mehrerer Leistungsempfänger	401
a) Der Meinungsstand	401
b) Stellungnahme	403
5. Fazit	406
III. § 818 III BGB und die Nichtleistungskondiktionen	410
1. Die Ausgangslage	410
2. § 818 III BGB und die Eingriffskondiktion	412
a) Bereicherungsunabhängigkeit der (Mindest-)Haftung auf Wertersatz und § 818 III BGB	412
b) Der Wegfall des Erlangten	413

c) Die Abzugsfähigkeit sonstiger bereicherungsmindernder Nachteile	415
d) Die Schuldnermehrheit	418
3. § 818 III BGB und die Abschöpfungskondiktion (allgemeine Nichtleistungskondiktion)	419
a) Der Haftungsumfang	419
b) Der Anwendungsbereich	422
c) Die Schuldnermehrheit	424
§ 9 Die verschärfte Haftung des Bereicherungsschuldners	425
I. Die Haftung nach den „allgemeinen Vorschriften“	425
1. Der aktuelle Meinungsstand	425
2. Stellungnahme	428
a) Unterschiedliche Bestimmung der allgemeinen Vorschriften bei den Leistungskondiktionen einerseits und den Nichtleistungskondiktionen andererseits	428
b) Allgemeine Vorschriften im Sinne des § 818 IV BGB im Fall der Leistungskondiktion	429
c) Allgemeine Vorschriften im Sinne des § 818 IV BGB im Fall der Nichtleistungskondiktionen	429
d) Die Konsequenzen im Einzelnen	434
aa) Leistungskondiktion	434
(1) Umfassende Anwendbarkeit der §§ 346 – 348 BGB	434
(2) Grundsätzliches Verlust- und Verschlechterungsrisiko des Rückgewährschuldners	435
(3) Nutzungsherausgabepflicht des Rückgewährschuldners	436
(4) Pflicht zur Herausgabe des <i>commodum ex negotiatione</i>	437
(5) Einschränkung der Schadensersatzpflicht?	438
bb) Nichtleistungskondiktion	439
(1) Eingeschränkter Anwendungsbereich der Rechtshängigkeithaftung im Fall der speziellen Nichtleistungskondiktionen	439
(2) Zentrale Bedeutung der Rechtshängigkeithaftung im Fall der allgemeinen Nichtleistungskondiktion (Abschöpfungskondiktion)	440
3. Fazit	442

II.	Die Gründe der verschärften Haftung	443
1.	Rechtshängigkeit	443
2.	Bösgläubigkeit	445
a)	Der Begriff der Kenntnis	445
b)	Kenntnis der Anfechtbarkeit	447
c)	Kenntnis von Hilfspersonen	449
aa)	Rechtsprechung	449
bb)	Schrifttum	451
d)	Als-ob-Anwendung des § 819 I BGB?	452
3.	Gesetzes- und Sittenverstoß (§ 819 II BGB)	453
4.	Fälle des § 820 BGB	455
a)	Verhältnis zu §§ 346 ff. BGB	455
b)	Anwendungsbereich	456
c)	Der Tatbestand des § 820 BGB	457
III.	Verschärfte Bereicherungshaftung und Minderjährigenrecht	459
1.	Schwächen des derzeitigen Meinungsstandes	459
2.	Die Integration der Haftung des Minderjährigen in das (in diesem Handbuch vertretene) System der Bereicherungshaftung	461
a)	Keine Haftung aus Leistungskondiktion	461
b)	Einfluss fehlender Geschäftsfähigkeit des Kondiktionsschuldners auf Rückgriffs- und Aufwendungskondiktion	462
c)	Notwendige Unterscheidung von Wissens- und Verhaltenszurechnung	463

Kapitel III:

Das Bereicherungsrecht im Anspruchssystem des BGB

§ 10	Bereicherungsrecht und allgemeines Schuldrecht	467
I.	Bereicherungsrecht und Rücktrittsrecht	467
1.	Vertragliches Rücktrittsrecht und Bereicherungsrecht	467
2.	Gesetzliches Rücktrittsrecht und Bereicherungsrecht	468
II.	Bereicherungshaftung und Schadensersatzhaftung	474
1.	Grundsatz	474
2.	Schadensersatzhaftung wegen (mittelbarer) Verursachung der Rechtsgrundlosigkeit	475
3.	Schadensersatzhaftung wegen schuldhafter Verletzung der Rückgewährpflicht trotz Gutgläubigkeit?	478

§ 11 Bereicherungsrecht und Eigentümer-Besitzer-Verhältnis	483
I. Leistungskondiktion und Eigentümer-Besitzer-Verhältnis . . .	483
1. Leistungsbeziehungen und Vindikation	483
a) Die Fragestellung	483
b) Der Meinungsstand	484
c) Stellungnahme	485
2. Die Konkurrenz der Sekundärbeziehungen von Leistungskondiktion und Vindikation	488
a) Die Unterschiede	488
b) Meinungsstand	490
aa) Zur Rechtsprechung	490
bb) Schrifttum	491
(1) H.L. (Kumulationstheorie)	491
(a) Restriktive Auslegung des § 993 I 1. Hs. BGB statt analoger Anwendung des § 988 BGB . . .	491
(b) Kein Ausschluss des Anspruchs auf Wertersatz	492
(c) Einwendung nach § 818 III BGB nur gegenüber dem Anspruch auf Herausgabe von Nutzungen	492
(2) Lehre vom Vorrang der Leistungskondiktion . . .	493
c) Stellungnahme	494
aa) Zur Rechtsprechung	494
(1) Der Zusammenhang zwischen Nutzungsherausgabepflicht und Entreicherungseinwand	494
(2) Keine punktuelle Berücksichtigung der vertraglichen Ordnung	495
(3) Wertungszusammenhang zwischen Leistungskondiktion und Rücktrittsrecht	496
bb) Zur Kumulationstheorie	498
(1) Grundsätzliche Bedenken	498
(2) Kritik der Gegenposition Pingers	499
(3) Besonderer Schutz des Veräußerervermögens durch Doppelnichtigkeit?	500
(a) Argumentationen	500
(b) Kritik	501
cc) Zur Theorie vom Vorrang der Leistungskondiktion	505
(1) Grundsätzliche Vorzugswürdigkeit	505
(2) Kein Bedarf für Ausnahmen	506
(a) Der bedrohte, getäuschte, bewucherte und geknebelte Veräußerer	506

(b) Der nicht voll geschäftsfähige Veräußerer	508
(c) Der nicht voll geschäftsfähige Erwerber	509
3. Die Konkurrenz des Primäranspruchs aus Leistungskondiktion und der Sekundäransprüche aus Vindikation	511
a) Das Problemfeld	511
b) Meinungsstand	512
aa) Gebrauchsüberlassung	512
bb) Geschäftsbesorgung	514
c) Stellungnahme	515
aa) Grundsatz	515
bb) rechtsgrundlose Gebrauchsüberlassung	515
cc) rechtsgrundlose Geschäftsbesorgung	518
II. Nichtleistungskondiktion und Vindikation	520
1. Grundsätzliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede	520
2. Eingriffskondiktion und Eigentümer-Besitzer-Verhältnis	521
a) Konkurrenz der Primäransprüche	521
b) Die Konkurrenz der Nebenfolgen von Eingriffskondiktion und Vindikation	521
aa) Der Stand der Diskussion	521
bb) Stellungnahme	522
c) Konkurrenz des Primäranspruchs aus Eingriffskondiktion mit den Sekundäransprüchen aus Vindikation	524
aa) Der Rechtsfortwirkungsanspruch	524
bb) Der Nutzungsherausgabeanspruch	525
3. (Restliche) Nichtleistungskondiktion und Eigentümer-Besitzer-Verhältnis	526
a) Konkurrenz der Primäransprüche auf Herausgabe	526
b) Die Konkurrenz der Nebenfolgen von Vindikation und Abschöpfungskondiktion	527
c) Die Konkurrenz des Primäranspruchs aus Aufwendungskondiktion und der Verwendungsersatzregelung aus Vindikation	528
aa) Meinungsstand	528
bb) Stellungnahme	531
(1) Zur Kumulationslehre	531
(a) Unschlüssigkeit der Argumentation aus § 951 II 1 BGB	531
(b) Unschlüssigkeit des Rückgriffs auf das Gleichbehandlungsgebot	532

(c) Unschlüssigkeit der Berufung auf die Wertung der §§ 687 II 2, 684 S. 1 BGB	533
(d) Unschlüssigkeit des Hinweises auf mangelnde Kongruenz der Rechtsfolgen von Aufwendungskondiktion und §§ 994, 996 BGB	534
(e) Unvereinbarkeit der Kumulationslehre mit der Entstehungsgeschichte und der Systematik der §§ 994 ff. BGB	535
(2) Zu den Ausschließlichkeitslehren	537
(a) Wertungswidersprüchlichkeit der Beschränkung der ausschließlichen Geltung der §§ 994 ff. BGB auf Verwendungen im engen Sinne	537
(b) Ausschließliche Geltung der §§ 994 ff. BGB auf der Grundlage des weiten Verwendungsbegriffs	537
(3) Fazit	539
§ 12 Bereicherungsrecht und Geschäftsführung ohne Auftrag	541
I. Leistungskondiktion und Geschäftsführung ohne Auftrag ...	541
1. Der Meinungsstand	541
a) Rechtsprechung	541
b) Schrifttum	542
2. Stellungnahme	545
a) Rechtfertigung der h.L. durch das Gebot der Wertungs- und Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung	545
b) Ablehnung der Lehre Bergmanns	548
c) Notwendigkeit ausnahmsweiser Abweichungen von der h.L.?	550
d) Fazit	551
II. Eingriffskondiktion und Geschäftsführung ohne Auftrag	551
1. Der Meinungsstand	551
a) Verhältnis Eingriffskondiktion – § 687 II 1 BGB	551
b) Verhältnis Eingriffskondiktion – § 677 bis 686 BGB	552
2. Stellungnahme	553
a) Geschäftsanmaßung und Eingriffskondiktion	553
b) §§ 677 – 686 BGB und Eingriffskondiktion	557
III. Rückgriffskondiktion und Geschäftsführung ohne Auftrag	558
1. Der Meinungsstand	558
2. Stellungnahme	559

IV. Aufwendungskondition und Geschäftsführung ohne Auftrag	560
1. Aufwendungskondition und § 687 II BGB	560
2. Aufwendungskondition und § 684 S. 1 BGB	561
a) Problematik	561
b) Stellungnahme	562
V. Abschöpfungskondition und Geschäftsführung ohne Auftrag	565
§ 13 Bereicherungsrecht und spezialgesetzlich geordnete Bereicherungstatbestände	567
I. Spezialgesetzlich geordnete Abwicklungsverhältnisse	567
1. Die Konkurrenzsituation	567
2. Die Konsequenzen	569
II. Die Rechtsveränderung kraft Gesetzes	571
1. Das Problemfeld	571
2. Die Rechtsveränderung kraft Gesetzes im Spannungsfeld der Kondiktionsarten	572
a) Begünstigende Rechtsänderung auf Kosten eines anderen	572
b) Rechtsveränderung kraft Gesetzes und Leistungskondition	575
§ 14 Rechtsgrundlagen- und Rechtsfolgenverweisungen auf das Bereicherungsrecht	579
I. Der Meinungsstand	579
II. Voll- oder Teilverweisung statt Rechtsgrundlagen- oder Rechtsfolgenverweisung?	582
III. Eigene Ansicht	585
1. Der Grundsatz	585
2. Die Einzelfälle	587
a) Das allgemeine Schuldrecht	587
b) Das Schenkungsrecht	587
c) Das Mietrecht	590
d) Das Dienstvertragsrecht	590
e) Die Geschäftsführung ohne Auftrag	591
aa) § 682 BGB	591
bb) § 684 S. 1 BGB	591
f) Das Deliktsrecht	594

g) Das Sachenrecht	595
h) Das Familien- und Erbrecht	596

Kapitel IV:

Zusammenfassung: Das Bereicherungsrecht in einer auf Wertungs- und Wirkungswiderspruchsfreiheit angelegten Gesamtrechtsordnung (Erkenntnisleitende Grundgedanken)

§ 15 Integriertes Ausgleichsrecht statt autonomes Billigkeitsrecht	601
I. Der Einfluss des rechtlichen Umfelds	601
II. Der Einfluss der Ursache der Bereicherung auf den Umfang der Bereicherungshaftung	604
§ 16 Der Einfluss der public policy	615
I. Der sog. wirtschaftsrechtliche Ansatz	615
II. Stellungnahme	618
§ 17 Die normativ-funktionale Kondiktionentypologie	623
I. Technisches oder normatives Bereicherungsrecht?	623
II. Offene oder geschlossene Zahl der Kondiktionsarten?	627
III. Das Kondiktionensystem	632

Kapitel V:

Reformvorstellungen

§ 18 Reformvorschläge zum deutschen Recht (Entwurf König) ...	639
§ 19 Vorschläge zur europäischen Rechtsangleichung	651
Literaturverzeichnis	657
Entscheidungsregister	673
Sachregister	677

Kapitel I

Die bereicherungsrechtlichen Dreiecksverhältnisse

§ 1 Grundlagen

I. Die Besonderheiten der Dreiecksverhältnisse

1. Meinungen

a) Herrschende Meinung

Die Arbeitsteiligkeit der modernen Volkswirtschaft bringt es mit sich, dass eine „Leistung“ sich sehr oft nicht in der Beziehung zwischen zwei Personen erschöpft, sondern mehrere Rechtsverhältnisse gleichzeitig betrifft. Die Grundkonstellation ist die abgekürzte Lieferung. Wenn A von B ein Grundstück gekauft und gleich anschließend an C weiterverkauft hat, dann wird es normalerweise eine Übereignung unmittelbar von B an C geben, durch die gleichzeitig der Anspruch des A gegen B und der Anspruch des C gegen A erfüllt werden. Ist der Kaufvertrag zwischen A und B unwirksam, so kann B selbstverständlich das Grundstück nicht nach § 812 I 1 BGB von C zurückverlangen, sondern muss sich nach §§ 818 II BGB mit einem Wertersatzanspruch gegen A begnügen. Die Rechtslage kann nicht anders sein, als wenn das Grundstück von B an A und dann von A an C übereignet worden wäre. Denn der von den Beteiligten gewählte Weg der Erfüllung der (angeblichen) Ansprüche ist lediglich eine ökonomisch sinnvolle, weil kostensparende Abkürzung; die Interessenlage wird dadurch um keine Nuance verändert¹. So unstrittig das Ergebnis ist, so strittig ist die Antwort auf die Frage, was diese bereicherungsrechtliche Gleichsetzung der Übereignung B – C mit der Doppelübereignung B – A und A – C rechtsdogmatisch rechtfertigt. Die wohl immer noch h. M.² sieht den Schlüssel in ihrem Leistungsbegriff. Ihr zufolge enthält die Übereignung B – C eine doppelt „bewusste und zweckgerichtete Mehrung fremden Vermögens“.

Freilich sieht namentlich die Rechtsprechung in diesem Rückgriff auf den Leistungsbegriff nur den Ausgangspunkt, gleichsam die Lösung für den

¹Dazu *Medicus/Petersen* BR, Rn. 672; *MünchKomm-Schwab*, § 812 Rn. 59f.; *Soergel-Schmidt-Kessel/Hadding* § 812 Rn. 156; *Larenz/Canaris*, S. 201; *Kupisch*, S. 13.

²BGHZ 40, 272, 277; 58, 184, 188; 72, 246, 248f.; *Staudinger-Lorenz*, § 812 Rn. 4ff.; *Soergel-Schmidt-Kessel/Hadding* § 812 Rn. 146, 161.

Grundfall. Im Übrigen versucht sie seit den späten 60er Jahren unter dem Eindruck schlechter Erfahrungen mit einer allzu schematischen Handhabung des Leistungsbegriffs dogmatische Festlegungen tunlichst zu vermeiden. Stattdessen arbeitet sie mit der stereotyp wiederholten Formel, dass „sich bei der bereicherungsrechtlichen Behandlung von Vorgängen, an denen mehr als zwei Personen beteiligt sind, jede schematische Lösung verbietet“, es mithin „stets auf die Besonderheiten des Einzelfalls ankommt“³. Dem entspricht eine Praxis, die durch offene Wertung gekennzeichnet ist. Die Interessenlage im Einzelfall wird analysiert und auf die Richtung des Bereicherungsausgleichs befragt, die für die relativ gerechteste Verteilung der Einwendungs- und Insolvenzrisiken sorgt. Zur Sicherung der Konsistenz der Ergebnisse orientiert man sich an den eigenen Präjudizien. Erst in neuerer Zeit wagt man wieder mehr Dogmatik,⁴ vermeidet aber nach wie vor die Festlegung auf ein geschlossenes dogmatisches Konzept.⁵

b) Abweichende Positionen

Mit der h. M. konkurrieren dogmatische Ansätze, die gar nicht mehr an das Leistungsverhältnis anknüpfen wollen:

- *Kupisch* kompensiert seinen „radikalen Abschied“ vom Leistungsbegriff der h. M. durch den Rückgriff auf die §§ 362 II, 185 BGB. Seiner Ansicht nach wirkt die Übereignung B – C über die §§ 362 II, 185 BGB auf die Schuldverhältnisse B – A und A – C. Dank der abstrakten Wirksamkeit der Ermächtigung gemäß § 185 BGB soll es so anzusehen sein, als ob B an A und A an C übereignet hätte, so dass bei Unwirksamkeit des Schuldverhältnisses B – A oder A – C an die Stelle der Erfüllung Rückgewähransprüche B – A bzw. A – C analog § 812 I 1 BGB treten⁶. Dem folgt im Ergebnis *Lieb*, obwohl er im Anschluss an die 1. Auflage dieses Handbuches die bereicherungsrechtliche Umleitung der Übereignung B – C nur im Verhältnis B-A auf die §§ 362 II, 185 BGB zurückführt, während im Verhältnis A – C die dem C von B als Bote überbrachte Tilgungsbestimmung des A maßgebend sein soll⁷. Denn er raubt dieser Unterscheidung ihre praktisch-dogmatische Bedeutung sogleich wieder, indem er die Möglichkeit eines unterschiedlichen rechtlichen Schicksals der auf das

³ Seit BGHZ 61, 289, 292 ständig wiederholte Formel.

⁴ Was sich in neuerer Zeit in dem Verzicht auf die Vorbehaltsformel äußert, vgl. BGHZ 167, 171; BGH NJW 2003, 582; 2005, 3213. Freilich gibt es auch „Ausreißer“: BGH NJW 2015, 229 (234 Ziff. 22) dehnt die Vorbehaltsformel sogar auf Nichtleistungsfälle mit Beteiligung mehrerer Personen aus.

⁵ Staudinger/Lorenz § 812 Rn. 5, 36. Zu den einschlägigen Entscheidungen im Einzelnen §§ 2, 3.

⁶ *Kupisch*, S. 21ff.; *ders.* WPM 1979 Beil. 2, S. 5ff.

⁷ MünchKomm-Lieb⁴, § 812 Rn. 37.

Verhältnis B – A bezogenen Ermächtigung des A nach den §§ 362 II, 185 BGB einerseits und der auf das Verhältnis A – C bezogenen Tilgungsbestimmung des A andererseits bestreitet. Beide sollen Bestandteile der **Anweisung** des A und deshalb stets nur zusammen vorhanden (wirksam) oder nicht vorhanden (unwirksam) sein können⁸. Entscheidend für die bereicherungsrechtliche Gleichbehandlung der abgekürzten Lieferung mit der Lieferkette – so lautet das mit der Sichtweise *Kupischs* übereinstimmende Fazit *Liebs* – ist nicht, dass mittels der Zuwendung B – C von A ein Zweck im Verhältnis zu C und von B ein Zweck im Verhältnis zu A verfolgt wird, sondern dass der Zuwendung B – C eine (wirksame) Anweisung des A zugrunde gelegen hat⁹.

- *Canaris* nimmt zwar nicht (mehr)¹⁰ Abschied vom Leistungsbegriff der h. M. Wohl aber bestreitet er ihm die Tauglichkeit zur Bestimmung der Parteien des Bereicherungsausgleichs im Rahmen der Leistungskondition. Die Rückabwicklung soll sich nicht zwischen Leistendem und Leistungsempfänger vollziehen, sondern zwischen den Parteien des Rechtsverhältnisses, in dem der „kondiktionsauslösende“ Mangel seinen Ursprung hat¹¹. Insbesondere für die „Sonderkonstellationen des bereicherungsrechtlichen Dreiecksverhältnisses“ (z. B. Drittleistung, Zessionsfälle, Bereicherungsausgleich beim Vertrag zugunsten Dritter) gelangt *Canaris* auf diese Weise zu Lösungen, die sich von denen der bis dato h. M. grundsätzlich unterscheiden¹². Im Übrigen schließt er sich zwar der These an, dass das Fehlen bzw. die Unwirksamkeit der Anweisung – „genauer: der Ermächtigung und der Tilgungsbestimmung“¹³ – statt zur Abwicklung zwischen den Parteien der fehlerhaften Schuldverhältnisse zur Direktkondition in Gestalt der Nichtleistungskondition nach § 812 I 1, 2. Alt. BGB führt. Doch soll hier wie in sonstigen sog. sachenrechtlichen Mehrpersonenverhältnissen auch noch der Rückgriff auf sachenrechtliche Wertungen erforderlich sein, damit keine Wertungswidersprüche entstehen. Im Fall der abgekürzten Lieferung soll die Kontrollprüfung der Rechtslage im Fall der Lieferkette, im Fall der Eigentumsverschaffung durch Realakt diejenige im Fall der rechtsgeschäftlichen Übereignung vor konstruktiven Fehlschlüssen bewahren¹⁴.

⁸ MünchKomm-*Lieb*⁴, § 812 Rn. 68 a. E.

⁹ MünchKomm-*Lieb*⁴, § 812 Rn. 72 f.

¹⁰ Anders noch *Canaris* 1. FS Larenz, S. 799, 857.

¹¹ *Larenz / Canaris*, S. 249 ff. Methodologische Kritik bei Gödicke, S. 250 ff.

¹² *Larenz / Canaris*, S. 237 ff.

¹³ *Larenz / Canaris*, S. 208.

¹⁴ *Larenz / Canaris*, S. 211 f., 212 ff.

- Wie *Canaris* hält auch *Hassold* den Leistungsbegriff zwar im Gegensatz zu *Kupisch* und *Lieb* nicht für funktionslos, wohl aber für ungeeignet, die Parteien des Bereicherungsausgleichs zu bestimmen. Leistender soll immer nur derjenige sein können, der die Zuwendung vornimmt. In den Anweisungsfällen soll daher die Tilgungs- oder Zweckbestimmung des Anweisenden A entgegen der h. M. niemals dazu führen können, dass die Zuwendung des Angewiesenen B an den Zuwendungsempfänger C zu einer Leistung A – C wird¹⁵. *Hassold* schließt die dem entsprechende Lücke durch eine Theorie des Durchgangserwerbs: Die Anweisung als Ermächtigung des Angewiesenen (B) zur Leistung „auf Rechnung“ des Anweisenden (A) soll jedenfalls bei einer beweglichen Sache bewirken, dass das Eigentum nach dem Vorbild des sog. Geheisserwerbs von B auf A und von A auf den Empfänger C übergeht. Der Erwerb des A soll sich durch Selbstkontrahieren des B (§ 181 BGB), der des C durch wirksame Übereignung des analog §§ 164 ff. BGB („für fremde Rechnung“) von A ermächtigten B vollziehen.¹⁶ *Hassold* geht also noch über *Canaris* hinaus: Die Rechtslage im Fall der Lieferkette ist für ihn nicht nur der Maßstab, an dem die für die abgekürzte Lieferung gewonnenen Ergebnisse sich messen lassen müssen. Vielmehr passt er die dogmatische Konstruktion der abgekürzten Lieferung unter Einschluss der sachenrechtlichen Ebene an die der Lieferkette an.

2. Stellungnahme

a) Die Parallele zum Erfüllungsrecht

Die Stellungnahme kann im Ansatz an die in Band I¹⁷ erarbeitete Erkenntnis anknüpfen, dass die Leistungskondiktion als Rückgewährschuldverhältnis den Weg der fehlgeschlagenen Erfüllung zurückgehen muss. Zu Recht hat *Kupisch* festgestellt, das Recht der Erfüllung könne gleichsam spiegelbildlich die Problematik der Leistungskondiktion erhellen.¹⁸ **Was im Falle der Wirksamkeit der Schuldverhältnisse die Erfüllung infolge von Zuwendungen an bzw. durch Dritte bewirkt, muss im Falle der Unwirksamkeit die Rückgewährpflicht zwischen den Parteien der vermeintlichen Schuldverhältnisse auslösen.** Eben dies enthält nämlich die Voraussetzungen, unter denen der Gesetzgeber die tatsächlich anders abgelaufene Vermögensbewegung **rechtlich** als eine Vermögensbewegung zwischen den

¹⁵ *Hassold* S. 15.

¹⁶ *Hassold* S. 25 ff.

¹⁷ § 4

¹⁸ *Kupisch*, S. 21.

Parteien des (vermeintlichen) Schuldverhältnisses ansieht.¹⁹ Gelegentlich werden Zweifel an dieser Aussage geäußert,²⁰ jedoch zu Unrecht. Gewiss ist die Rechtsfolge der Erfüllung eine andere als die der Leistung ohne Rechtsgrund. Aber das ändert nichts daran, dass es beide Male um die gleiche Frage geht, nämlich die, auf welches (vermeintliche) Schuldverhältnis eine Zuwendung sich bezieht. Denn diese Frage muss man sowohl beantworten, wenn man wissen will, ob und in welchem Verhältnis dadurch Erfüllung eingetreten ist, als auch dann, wenn man ermitteln will, ob und in welchem Verhältnis dadurch eine Rückgewährpflicht entstanden ist.

Die Schlüsselfrage lautet demnach, ob – wie die h. M. unterstellt – die Tilgungs- bzw. Zweckbestimmung des B (Angewiesenen) gegenüber A (Anweisendem) und des A gegenüber dem C (Empfänger) die Zuwendung B – C rechtlich auf die Schuldverhältnisse B – A bzw. A – C „umzuleiten“ vermag.

Wenn man mit der hier vertretenen Ansicht in der Tilgungs- bzw. Zweckbestimmung eine einseitige Willenserklärung sieht²¹, ist die Antwort jedenfalls für das Verhältnis B – A eindeutig negativ: B kann die Zuwendung an C nicht allein dadurch zu einer Erfüllung bzw. Leistung gegenüber A machen, dass er dem A eine entsprechende Tilgungs- bzw. Zweckbestimmung übermittelt. Wie § 362 II BGB zeigt, tritt die Erfüllungs-(bzw. Leistungs-)Wirkung im Falle der Zuwendung an einen Dritten nur mit **Zustimmung** des (vermeintlichen) Gläubigers, d. h. hier: des A ein.²² Dieser Einwand trifft zwar nicht die von der *Kreß*-Schule vertretene Variante der h. M., die für die Zweckbestimmung einen Vertrag zwischen dem Leistenden und dem Leistungsempfänger verlangt. Doch ergibt sich einmal mehr ein Argument gegen die Richtigkeit einer solchen Lehre daraus, dass für sie § 362 II BGB überflüssig wird. Entgegen *Schnauder*²³ kann man nämlich einen Anwendungsbereich für § 362 II BGB nicht dadurch retten, dass man eine Zweckverfolgung des (vermeintlichen) Schuldners (B) gegenüber dem Dritten (C) auf Kosten des (vermeintlichen) Gläubigers (A) konstruiert. Der (vermeintliche) Schuldner B will im Fall des § 362 II BGB **solvendi causa** leisten, und

¹⁹ MünchKomm-Schwab § 812 Rn. 47; *Beuthien*, Zweckerreichung und Zweckstörung im Schuldverhältnis 1969, S. 284. *Weitnauer* NJW 1979, 2008, 2009. Grundsätzlich zustimmend auch *F. Bydlinski*, System, S. 249ff., der allerdings als erfüllungsrechtliche Vorgabe statt der Theorie der finalen Leistungsbewirkung die Theorie von der realen Leistungsbewirkung für richtig hält.

²⁰ *Schlechtriem* ZHR 149, 327, 340; *Möschel* AcP 186, 187, 230f.; gänzlich ablehnend *L.-C. Wolff*, S. 239 Fn. 425 (dazu *Schäfer*, S. 377, 379).

²¹ Dazu Band I § 4. AA (geschäftähnliche Handlung) *Gernhuber*, § 5 III 2.

²² Engeres Verständnis des § 362 Abs. 2 BGB (aber ohne Relevanz für die hiesige Argumentation) bei *Gernhuber*, § 23, 3 e, 4. Vgl. auch *Stathopoulos*, S. 100.

²³ *Schnauder*, S. 191 ff; ebenso *Stierle*, S. 28ff.; vgl. auch die Auseinandersetzung mit BGHZ 50, 227 unten, § 2 III 2 a.

das kann er ohne Änderung des Vertrags allein gegenüber dem (vermeintlichen) Gläubiger A.

Schließlich kommt man für die Zuordnung der Zuwendung B – C zum Verhältnis B – A auch nicht dadurch an § 362 II BGB vorbei, dass man einen regelmäßigen Drittbezug des Verhältnisses B – A behauptet, der die Zuwendung B – C nach § 362 I BGB zur Erfüllungsleistung an A (mit oder ohne Rechtsgrund) macht.²⁴ Denn erstens muss der Drittbezug nicht vorliegen. Wenn A von B ein Grundstück kauft und den B, weil er es (zunächst ohne Wissen des B) gleich an C weiterverkauft hat, anweist, es unmittelbar an C zu übereignen, ist ein Drittbezug des Kaufvertrags A – B schon gar nicht vorhanden. Zweitens ist die Vereinbarung A – B selbst dann, wenn A und B von vornherein die unmittelbare Übereignung B – C anstreben, sinnvollerweise nicht so zu verstehen, dass B zur Tilgung der Verbindlichkeit des A gegenüber C verpflichtet sein soll. Im Zweifel wollen die Parteien eine abgekürzte Lieferung, d. h. es soll für die Erfüllungs-(Leistungs-)wirkung so anzusehen sein, als ob erst B an A und dann A an C übereignet hätte. Diese Wirkung erreichen sie aber nur über die §§ 362 II, 185 BGB, d. h. dadurch, dass der Erwerb des C kraft Empfangsermächtigung des A erfüllungs- und damit leistungsrechtlich als Erwerb des A eingeordnet wird. Nicht zufällig ist § 787 BGB, der für die Anweisung auf Schuld im formellen Sinne (die sich von der Anweisung im Kontext des bereicherungsrechtlichen Mehrpersonenverhältnisses lediglich durch die Verbriefung unterscheidet²⁵) die „Leistung“ des Angewiesenen an den Anweisungsempfänger als Erfüllung des Angewiesenen gegenüber dem Anweisenden qualifiziert, vom Gesetzgeber als eine Klarstellung dessen verstanden worden, was sich an sich schon aus den §§ 362 II, 185 BGB ergibt.²⁶ Für die Umleitung der Zuwendung B – C auf das Verhältnis B – A ist die h. M. also zu ergänzen: Die Erklärung des B, die Zuwendung an C auf sein Verhältnis zu A beziehen zu wollen, reicht allein nicht aus. Vielmehr bedarf es zusätzlich der von A erklärten Ermächtigung des C nach den §§ 362 II, 185 BGB, an die Stelle des A zu treten. Erst beides zusammen macht die Zuwendung des B an C zur Leistung B – A.

Anders als für das Verhältnis B – A, nämlich positiv, ist die „Umleitungsfähigkeit“ der Tilgungs- bzw. Zweckbestimmung für das Verhältnis A – C zu beurteilen. Zwar hat *Hassold* recht apodiktisch festgestellt, nur der Zuwendende (= B) oder ein anderer in seinem Namen (§§ 164 ff. BGB) oder mit seiner Ermächtigung (§ 185 BGB) sei befugt, „über die Zuwendung, ihre schuldrechtliche Einordnung und ihre weiteren (vertraglichen oder gesetzlichen) Rechtsfolgen zu disponieren“.²⁷ Ähnliche Äußerungen finden sich

²⁴ So *Thomale*, S. 290.

²⁵ So *Thomale* selbst, S. 266.

²⁶ Mot. II S. 562. Der dort in Bezug genommene § 266 des 1. Entwurfs entspricht dem heutigen § 362 II BGB.

²⁷ *Hassold*, S. 15.

bei *Schlechtriem* und *Wilhelm*.²⁸ Das Erfüllungsrecht bestätigt die These indessen nicht. Seit BGHZ 13, 111 ist dort so gut wie unbestritten, dass ein Schuldner mittels eines Dritten erfüllen kann, ohne dass es auf das Wissen des Dritten um oder gar sein Einverständnis mit seiner Erfüllungs-(= Leistungs-)Gehilfenschaft ankommt. Notwendig ist nur, dass das Handeln des Dritten seinem für den Gläubiger erkennbaren Sinn nach eine Tätigkeit zur Erfüllung der Verbindlichkeit des Schuldners darstellt. Und das gilt selbstverständlich auch, wenn der Dritte dabei eigene Mittel einsetzt. In BGHZ 13, 111 war der ahnungslose Dritte ein Pkw-Fahrer, der die vom Schuldner geschuldete Personenbeförderung mit seinem Pkw erbracht hatte.

Gewiss lässt sich dem § 366 I BGB die Notwendigkeit der Tilgungs- bzw. Zweckbestimmung nur insoweit entnehmen, als zu entscheiden ist, auf welches (vermeintliche) **Schuldverhältnis** der Zuwendende die Zuwendung bezogen hat.²⁹ Doch folgt bereits aus § 267 I BGB, dass die Tilgungs- bzw. Zweckbestimmung durchaus auch die **Parteien** des Leistungsverhältnisses bestimmt. § 267 I BGB setzt nämlich nach h. M.³⁰ für das Vorliegen einer Drittleistung den **erklärten** Drittleistungswillen des Zuwendenden voraus. Wer etwas zur Erfüllung einer (vermeintlichen) fremden Schuld zuwendet, ist nur dann Dritter, wenn er als „Geschäftsführer ohne Auftrag“³¹ des (vermeintlichen) Schuldners **auftritt**, d. h. im eigenen Namen eine auf die fremde Schuld bezogene Tilgungs- bzw. Zweckbestimmung abgibt. Sonst kann er allenfalls Erfüllungs- bzw. Leistungsgehilfe des (vermeintlichen) Schuldners sein, indem er bei der Zuwendung dem (vermeintlichen) Gläubiger entweder eine vom (vermeintlichen) Schuldner abgegebene Tilgungs- bzw. Zweckbestimmung als Bote überbringt oder im Namen und mit Vollmacht des (vermeintlichen) Schuldners die Tilgungs- bzw. Zweckbestimmung als Vertreter erklärt.³² Man kann also zwar eine fremde Zuwendung nicht **gegen** den (erklärten) Willen des Zuwendenden an sich ziehen. Mehr noch: Der Zuwendende muss – sei es als Bote, sei es als Vertreter – an der Tilgungs- bzw. Zweckbestimmung des Leistenden beteiligt sein. Entgegen einer ge-

²⁸ *Schlechtriem* ZHR 149, 327, 338 f.; *Wilhelm*, S. 107 ff.

²⁹ *Hassold*, S. 13 f.

³⁰ *V. Caemmerer*, FS Dölle, S. 135, 140 ff.; *Gernhuber* § 21 I 5 b, S. 457 f.

³¹ Nicht notwendig berechtigter Geschäftsführer ohne Auftrag, vgl. *v. Caemmerer* FS Rabel, S. 333, 361.

³² Unrichtig *Hassold*, S. 23, der darüber hinaus die Möglichkeit einer Tilgungsbestimmung des Angewiesenen im eigenen Namen mit Ermächtigung des Anweisenden bejaht. So verfehlt die Tilgungsbestimmung ihre Funktion, dem Empfänger zu erläutern, von wem – dem Angewiesenen als Dritten nach § 267 BGB oder dem Anweisenden – die Zuwendung stammt. Vgl. dazu unter § 3 III 3 (gegen BGHZ 72, 246, 248 f.) sowie *Gernhuber*, Erfüllung, § 21 I 5 b, S. 457 f. Mit dem gleichen Grundansatz wie hier *Gernhuber*, Erfüllung, § 20 I 2, S. 430 f.; *F. Bydliński*, System, S. 256 f.

legentlich vertretenen Meinung³³ kann eine Leistung nicht dadurch erfolgen, dass der Leistende die Tilgungs- bzw. Zweckbestimmung über den Kopf des Zuwendenden hinweg unmittelbar gegenüber dem Zuwendungsempfänger erklärt. Wird eine solche Erklärung abgegeben, so handelt es sich um nicht mehr als um die Erteilung externer Boten- bzw. Vollmacht für den Zuwendenden. Wenn der Zuwendende nicht gegenüber dem Zuwendungsempfänger als Bote oder Vertreter des „Leistenden“ auftritt, läuft diese Boten- bzw. Vertretungsmacht leer (arg. e § 164 BGB direkt bzw. analog). Insofern steckt in der Auffassung *Hassolds* ein richtiger Kern. Falls der Zuwendende sich jedoch – bewusst oder unbewusst – als Erfüllungs- bzw. Leistungsgehilfe unterordnet, vermag der (vermeintliche) Schuldner sich durchaus „selbst zum Leistenden (zu) machen, indem er ... die Tilgungsbestimmung trifft“.

b) Fehlverständnis des Erfüllungsrechts bei Kupisch/Lieb

Die Analyse von Reichweite und Grenzen der „Umleitungsfähigkeit“ der Tilgungs- bzw. Zweckbestimmung weist einen Teil der Kritik an der h. M. bereits als Fehlverständnis des Erfüllungsrechts aus:

Kupischs „radikaler Abschied“ vom Leistungsbegriff beruht darauf, dass er die zutreffende Parallelschaltung von Erfüllung und Leistung auf halbem Wege beendet hat. Der von ihm herangezogene § 362 II BGB erklärt nur, dass im Fall der abgekürzten Lieferung die Übereignung B – C den Kaufvertrag B – A erfüllen bzw. – bei Unwirksamkeit – im Verhältnis B – A einen Anspruch aus Leistungskondiktion auslösen kann. Die Empfangszuständigkeit des C nach den §§ 362 II, 185 BGB, die A gemäß § 182 BGB sowohl gegenüber B als auch gegenüber C zu begründen vermag, stellt m. a. W. (in Verbindung mit der Tilgungs- bzw. Zweckbestimmung des B gegenüber A) allein den Bezug der Übereignung B – C zum (vermeintlichen) Schuldverhältnis B – A her. Entsprechend lässt sich auch aus dem Fehlen oder der Unwirksamkeit der „Anweisung“ (= der Begründung der Empfangszuständigkeit des C) nicht mehr als der Ausfall der Erfüllung bzw. Leistung im Verhältnis B – A herleiten. *Kupisch* dagegen lehnt in einem solchen Fall jegliche „Umleitung“ ab und bejaht den Durchgriff B – C.³⁴ Zu Unrecht glaubt *Lieb*, dieses Ergebnis dadurch retten zu können, dass er die Zweckbestimmung A – C zum „notwendigen Bestandteil“ der Anweisung (= der Ermächtigung des C gemäß den §§ 362 II, 185 BGB, für das Verhältnis B – A an die Stelle des A zu treten) ernennt.³⁵ Mögen die beiden Erklärungen auch

³³ So *J. Hager*, 50 Jahre BGH, S. 777, 806, der aus dieser Prämisse auf „Schwierigkeiten“ der im Folgenden vertretenen Meinung schließt.

³⁴ *Kupisch*, S. 26f.

³⁵ *MünchKomm-Lieb* § 812 Rn. 68 a. E.

regelmäßig uno actu erfolgen, so sind sie doch angesichts ihres Bezugs auf verschiedene Rechtsverhältnisse nicht einheitlich, sondern je für sich rechtlich zu beurteilen. Das gilt insbesondere für die Frage nach der Beachtlichkeit von Willensmängeln des Erklärenden A. Denn die Verschiedenheit der betroffenen Rechtsverhältnisse bedingt, dass für die von B als Bote übermittelte Zweckbestimmung A – C ein ganz anderes Gegeninteresse zu berücksichtigen ist als für die Begründung der Empfangszuständigkeit des C für die Leistung B – A.

Diese Feststellung hat praktische Folgen z.B. dann, wenn in der abgekürzten Lieferung A die Anweisung gegenüber B widerrufen und B die Sache trotzdem an C übereignet. Die Ermächtigung nach den §§ 362 II, 185 BGB erlischt dann gemäß § 183 S. 1 BGB auf jeden Fall. Auch mit Anscheinsermächtigung kann man nicht helfen. Der Rechtsscheinsgedanke führt allenfalls dazu, dass der gute Glaube an die Ermächtigung eines **anderen** geschützt wird. Da die §§ 362 II, 185 BGB an eine Ermächtigung des Empfängers (C) anknüpfen, kann der Anschein einer solchen Ermächtigung nur dem B zu Gute kommen, und der ist bösgläubig. Wenn man *Kupisch* und *Lieb* folgt, endet man also für den Fall der widerrufenen Anweisung in der Tat zwangsläufig beim Bereicherungsdurchgriff des B gegen C.³⁶ Wer – wie hier – die Wirkung der Übereignung B – C für das (vermeintliche) Schuldverhältnis A – C arg. e §§ 267, 366 BGB auf die Tilgungs- bzw. Zweckbestimmung des A zurückführt, vermag einen eventuellen Rechtsschein auch zugunsten des C zu berücksichtigen. Zwar bedeutet der „Widerruf der Anweisung“ durch A nicht allein den Widerruf der Ermächtigung nach den §§ 362 II, 185 BGB, sondern auch den Widerruf des Auftrags an B, dem C die Tilgungs- bzw. Zweckbestimmung des A zu übermitteln. Liefert B die Sache dem C trotzdem, so ist er bezüglich der begleitenden Tilgungs- bzw. Zweckbestimmung des A grundsätzlich **Bote ohne Botenmacht**. Soweit wenigstens der Anschein einer Botenmacht besteht,³⁷ kann die Tilgungs- bzw. Zweckbestimmung jedoch analog §§ 170, 173 BGB wirksam werden. Im Ergebnis wird so die Übereignung B – C rechtlich zu einer Leistung des A an C, obwohl keine Simultanleistung des B an A vorliegt. B ist darauf verwiesen, im Wege der Rückgriffs- bzw. Abschöpfungskondition (nicht der Leistungskondition!) bei A dessen Bereicherung – Befreiung von der Verbindlichkeit gegenüber C bei Wirksamkeit, Anspruch aus Leistungskondition bei Unwirksamkeit des Schuldverhältnisses A – C – abzuschöpfen.

³⁶ So in der Tat *Kupisch* WPM 1979, Beil. 3, S. 18, der allerdings nicht mit § 183 BGB, sondern mit einer grundlos wirksamen Anfechtung (?) operiert. MünchKomm-*Lieb*⁴ § 812 Rn. 79f. kommt zum gleichen Ergebnis, indem er den Schutz des guten Glaubens des Zuwendungsempfängers C statt auf die Rechtsscheinsgrundsätze bei der Boten- bzw. Vertretungsmacht auf § 818 III BGB verweist.

³⁷ Dazu *Canaris*, Vertrauenshaftung, S. 140.

c) Fehlverständnis der Anweisung bei Hassold

Gleich in doppelter Hinsicht im Gegensatz zum Erfüllungsrecht steht die Ansicht *Hassolds*. Auf den Konflikt seiner These von der Alleinzuständigkeit des Zuwendenden (= B) für die Bestimmung des Zwecks der Zuwendung mit der Rechtsfigur der (unbewussten) Erfüllungsgehilfenschaft ist bereits hingewiesen worden. Aber auch die Anweisung ordnet er vor dem Hintergrund des Erfüllungsrechts nicht richtig ein. Die Anweisung verleiht nicht dem B eine Verfügungsmacht über Rechte des A, an deren Bestehen oder Nichtbestehen wie bei einer Bevollmächtigung des B durch A schutzwürdige Interessen des Partners, hier: des C, anschließen könnten.³⁸ Zutreffend stellt *Müller-Laubé* fest, bei der Anweisungslage konzentrierte sich die Rolle des Empfangszuständigen (= C) auf die **Übernahme einer Funktion im fremden Rechtskreis**. Sofern ein eigenes Erwerbsgeschäft zwischen dem Empfangszuständigen (= C) und dem Rechtszuständigen (= A) zugeordnet sei, erwachsen die Eigeninteressen des Empfangszuständigen am Rechtsgegenstand aus eben jenen Zusatzbeziehungen (A – C), ohne das fehlende Eigeninteresse in der modellhaften Grundfigur (B – A) zu berühren.³⁹ Das bestätigt sich ganz deutlich, wenn man die abgekürzte Lieferung durch eine Anweisungslage mit **uneigennützigem** Empfänger ersetzt. Wenn A den B anweist, die gekaufte Sache an seinen (des A) Treuhänder C zu liefern, dann gibt es bezüglich der Wirksamkeit der Anweisung **offenkundig** nur ein schutzwürdiges Interesse des **B**, der durch die Übereignung an C von seiner (vermeintlichen) Schuld gegenüber A befreit sein möchte. Für C hängt von der Wirksamkeit der Anweisung nichts ab. Der Schutz des **eigenen** Empfängers (C) kann folgerichtig nicht an die (abstrakte!) Anweisung, sondern allein an das (vermeintliche) Schuldverhältnis A – C und die darauf bezogene Tilgungs- bzw. Zweckbestimmung des A anknüpfen. § 783 BGB gibt entgegen *Hassold*⁴⁰ keinen Anlass zu der Annahme, die Anweisung sei etwas anderes als die Ermächtigung nach den §§ 362 II, 185 BGB. Wenn § 783 BGB von der Ermächtigung des Empfängers (C), „die Leistung bei dem Angewiesenen im eigenen Namen zu erheben“, **und** von der Ermächtigung des Angewiesenen (B), „für Rechnung des Anweisenden an den Anweisungsempfänger zu leisten“, spricht, so beschreibt er damit lediglich die beiden Wirkungen ein und derselben Ermächtigung: Die Ermächtigung des C, an die Stelle des A, des Gläubigers des B, zu treten, hat die notwendige Kehrseite, dass der B zur (faktischen) „Leistung“ an C „auf Rechnung“ des A (= mit Erfüllungswirkung) ermächtigt ist. Genau das besagt § 362 II BGB. Die Anweisung auf Schuld (§ 787 BGB) haben die Väter des BGB demgemäß

³⁸ *Hassold*, S. 17 ff., 26 f., 131 ff.; ähnlich schon *Wilhelm AcP* 175, 304, 333 ff.

³⁹ *Müller-Laubé*, Empfangszuständigkeit, S. 121 f.

⁴⁰ *Hassold* S. 20.

ausdrücklich mit der Ermächtigung nach § 362 II BGB identifiziert.⁴¹ Zu Recht spricht *F. Bydlinski* davon, die in der Legaldefinition der Anweisung enthaltene Ermächtigung des Empfängers, die Leistung für Rechnung des Anweisenden zu erheben, sei für die Anweisung im bereicherungsrechtlichen Mehrpersonenverhältnis funktionslos.⁴²

d) Leistungsbegriff und Bereicherungsausgleich

aa) Grenzen des Leistungsbegriffs

Die Frage nach den „Leistungen des Leistungsbegriffs“ bei der Lösung der bereicherungsrechtlichen Probleme in Dreiecksverhältnissen ist nach alledem differenziert zu beantworten. Sicher ist für die Dreiecksverhältnisse genauso wenig wie für die Zweipersonenverhältnisse dem Leistungsbegriff der h. M. der Abschied zu geben. Im Gegenteil: Das Verständnis der Leistung als einer „bewussten und zweckgerichteten Mehrung fremden Vermögens“ bringt in der gerade für die Dreiecksverhältnisse notwendigen Form zum Ausdruck, dass nicht schon das tatsächliche Geschehen, sondern erst die mit ihm verbundene(n) Zweckbestimmung(en) über Zahl und Richtung der beabsichtigten Vermögensbewegungen entscheidet(n). Man erfasst im Beispiel der abgekürzten Lieferung den wirtschaftlichen Sinn der Zuwendung Angewiesener (B) – Empfänger (C) nicht, wenn man nicht einbezieht, dass damit Wirkungen für die (vermeintlichen) Schuldverhältnisse Angewiesener (B) – Anweisender (A) und Anweisender (A) – Empfänger (C) bezweckt sind. Da der wirtschaftliche Sinn Aufschluss über die Interessenlage gibt, spielen die Zwecke notwendig für die rechtliche Würdigung eine (entscheidende) Rolle. Und ihr Standort innerhalb des Tatbestandsaufbaus des § 812 I 1 BGB ist ebenso notwendig bei den Merkmalen „durch die Leistung ... etwas erlangt“, nicht erst bei dem Merkmal „ohne rechtlichen Grund“. Denn bevor man das Fehlen oder Vorhandensein eines rechtlichen Grundes untersuchen kann, muss man geklärt haben, mit welchen Bezugspunkten (= Vermögensbewegungen im Rechtssinne) man es überhaupt zu tun hat.

Auf der anderen Seite kann der Leistungsbegriff genauso wenig wie jeder andere Rechtsbegriff mehr hergeben als in ihn hineingelegt worden ist. „Aus dem Leistungsbegriff als solchen folgt nichts“.⁴³ Unter welchen Voraussetzungen die Rechtsordnung die mit der Zuwendung B – C von allen oder

⁴¹ Für die Anweisung auf Schuld weisen die Motive (Mot. II, S. 562) ausdrücklich auf § 266 des 1. Entwurfs, den heutigen § 362 II BGB hin. Vgl. auch *Gernhuber*, Erfüllung, § 23, 4, S. 458. Widersprüchlich *Thomale*, der S. 265 f. die analoge Anwendung der §§ 783 ff. BGB befürwortet, und S. 290 statt § 362 II BGB § 362 I BGB anwenden will.

⁴² *F. Bydlinski*, System, S. 257.

⁴³ *Weitnauer* NJW 1974, 1729, 1730.

einzelnen Beteiligten bezweckten Wirkungen für die (vermeintlichen) Schuldverhältnisse B – A und A – C anerkennt, lässt sich nicht aus dem Leistungsbegriff ableiten. Wer das versucht, fällt nicht nur in eine (zumindest theoretisch) längst überwundene Epoche der Rechtswissenschaft zurück, sondern gerät darüber hinaus in einen tendenziellen Konflikt mit der gesetzlichen Normierung dieser Voraussetzungen in § 362 II BGB und im Rechtsgedanken der §§ 267, 366 BGB. Wenn die h. M. im Beispiel der abgekürzten Lieferung die Zuwendung B – C als bewusste und zweckgerichtete Mehrung des Vermögens des A durch B und als bewusste und zweckgerichtete Mehrung des Vermögens des C durch A qualifiziert, so ist damit unausgesprochen vorausgesetzt, dass die Beteiligten die zur Verwirklichung ihrer wirtschaftlichen Absicht erforderlichen rechtlichen Instrumente – Tilgungs- bzw. Zweckbestimmung des B gegenüber A plus Empfangsermächtigung des C durch A im Hinblick auf das (vermeintliche) Schuldverhältnis B – A, Tilgungs- bzw. Zweckbestimmung des A gegenüber C plus Unterordnung des B als Leistungsgelhilfe im Hinblick auf das (vermeintliche) Schuldverhältnis A – C – wirksam eingesetzt haben. Und davon kann man auch ausgehen, solange – wie im Regelfall – die Beteiligten kongruente wirtschaftliche Absichten bzw. Vorstellungen haben, mündig sind und mit ihren Absichten nicht auf entgegenstehendes Recht stoßen. Insoweit lässt sich mit *Medicus* sagen, dass „in den weitaus meisten Fällen die Konsequenzen aus dem Leistungsbegriff in der Tat zu(treffen)“. ⁴⁴ Sobald dagegen die Prämissen fehlen oder doch zweifelhaft werden, muss man sich der Mühe einer Wirksamkeitsprüfung hinsichtlich Empfangsermächtigung und Tilgungs- bzw. Zweckbestimmung unterziehen. In der Sache wird so genau das erreicht, was fast allgemein als Ziel eines sachgerechten Bereicherungsausgleichs im Mehrpersonenverhältnis bezeichnet wird, nämlich, dass der (potentielle) Bereicherungsgläubiger sich grundsätzlich mit demjenigen auseinandersetzen kann und muss, den er sich von Rechts wegen **wirksam** als Partner ausgewählt hat. ⁴⁵

bb) Maßgeblichkeit des von dem konditionenauslösenden Mangel betroffenen Rechtsverhältnisses statt Maßgeblichkeit des Leistungsverhältnisses?

Dagegen wird dieses Ziel von der u. a. von *Canaris* vertretenen Ansicht, der Bereicherungsausgleich habe nicht zwischen den Parteien der Leistungsverhältnisse, sondern in dem Verhältnis stattzufinden, in dem der konditionensauslösende Mangel besteht, **verfehlt**. Denn diese Ansicht konfrontiert den

⁴⁴ *Medicus/Petersen* Rn. 686.

⁴⁵ *Medicus/Petersen* Rn. 667; *Canaris* 1. FS Larenz, S. 799, 802f.; *MünchKomm-Schwab* § 812 Rn. 55.

(potentiellen) Bereicherungsgläubiger u. U. mit einem Partner, den er entweder (vermeintliches gesetzliches Schuldverhältnis) **gar nicht** oder doch jedenfalls (vermeintliches rechtsgeschäftliches Schuldverhältnis) von Rechts wegen **unwirksam** ausgesucht hat. Eben dies unterscheidet die Rückabwicklung aufgrund Leistungskondition im praktisch bei weitem wichtigsten Fall, nämlich im Fall des § 812 I 1, 1. Var. BGB von derjenigen nach § 346 BGB, die bisweilen als Beleg dafür angeführt wird, dass die bereicherungsrechtliche Rückabwicklung sich, soweit – wie insbesondere in den sog. Sonderkonstellationen des bereicherungsrechtlichen Dreiecksverhältnisses (Drittleistung, Zession etc.) – Leistungsverhältnis und kondiktionsauslösendes Rechtsverhältnis nicht übereinstimmen, nach dem Gebot der Gleichbehandlung des Gleichartigen innerhalb des kondiktionsauslösenden Rechtsverhältnisses zu vollziehen habe.⁴⁶ Nicht zufällig halten die Anhänger dieses Gedankengangs die postulierte Gleichbehandlung von bereicherungsrechtlicher und rückttrittsrechtlicher Rückabwicklung selbst gar nicht durch. Wer als Dritter aus eigenem Antrieb eine in Wirklichkeit nicht bestehende fremde Schuld erfüllt, kann auch nach *Canaris* und *Staudinger-Lorenz* das Geleistete unmittelbar vom Scheingläubiger zurückfordern,⁴⁷ obwohl ihm ein solches Vorgehen *ceteris paribus* gegenüber einem Gläubiger nach Umwandlung des Schuldverhältnisses in ein Rückgewährschuldverhältnis gemäß §§ 346 ff. BGB nach praktisch einhelliger Meinung verwehrt ist.⁴⁸

Darüber hinaus macht die Lehre von der Maßgeblichkeit des Verhältnisses, in denen der kondiktionsauslösende Mangel besteht, den Bereicherungsausgleich im Mehrpersonenverhältnis **inkonsistent**. Auch *Canaris* nimmt nämlich an, dass die Abwicklung innerhalb der Kausalbeziehungen in den Anweisungsfällen von einer intakten Anweisung abhängt⁴⁹. Die Kausalbeziehungen sind also auch seiner Ansicht nach nicht per se maßgeblich, sondern nur dann, wenn die Zuwendung B – C durch dem Erfüllungsrecht genügende Leistungshandlungen den Kausalbeziehungen A – C und/oder B – A wirksam zugeordnet worden ist.⁵⁰ Das Erfüllungsrecht verlangt aber nicht nur, dass die Zuwendung B – C, um der Kausalbeziehung A – C zugeordnet zu sein, von einer Zweckbestimmung des A gedeckt ist, sondern auch, **dass der Zuwendende B sich, indem er die Zweckbestimmung des A als Bote an C weitergeleitet hat, mit der Rolle des Leistungsgehilfen begnügt hat**. Die Qualifikation der Zuwendung B – C als Leistung des A auf das (vermeintliche) Schuldverhältnis A – C muss also nicht nur dem A,

⁴⁶ *Larenz / Canaris*, S. 237; *Staudinger-Lorenz* § 812 Rn. 41, S. 129f.

⁴⁷ *Larenz / Canaris*, S. 243f.; *Staudinger-Lorenz* § 812 Rn. 43, S. 132.

⁴⁸ BGH WM 1964, 679, 680; *MünchKomm-Gaier* § 346 Rn. 30.

⁴⁹ *Larenz / Canaris* S. 225 ff.

⁵⁰ *Larenz / Canaris* S. 208.

Entscheidungsregister

Die Fundstellen beziehen sich auf die Paragraphen des Bandes und deren Untergliederungen. Hochgestellte Zahlen verweisen auf Fußnoten.

I. BVerfG	123, 401 9 ¹²⁷	5. RG WarnRspr
1. NJW	130, 69 13 ^{17,31}	1908 Nr. 45 9 ³¹
1973, 1221 5 ^{97 111} ; 6 ¹⁰⁷ ;	130, 310 7 ²¹¹	IV. RAG
10 ²⁵	133, 293 7 ^{24,145}	1. RAG JW
II. EuGH	136, 135 7 ⁴⁹	JW 1934, 55 9 ¹³³
1. NJW	137, 171 9 II 2 b	V. BGH
2014, 452 6 I e	139, 17 14 III 2 b; 14 ³	1. BGHZ
III. RG	141, 310 8 ¹⁹⁵	1, 75 2 ⁹²
1. RGZ	145, 152 11 ²³	2, 300 3 ¹⁰⁷
32, 319 8 ^{146,148}	147, 396 7 ¹⁷⁴	5, 197 7 ²⁰⁸
35, 63 6 ¹⁰⁵	151, 123 8 ⁷⁸ ; 9 ¹¹¹	5, 281 3 IV 2, IV 3, VIII 2
53, 363 7 ⁴⁹	151, 361 9 ⁹²	7, 208 7 II 4; 11 ³¹
54, 137 5 ⁸⁰ ; 8 II 3 a, II 3 c	152, 101 11 ¹⁶³	10, 171 11 ^{163,164}
aa); 8 ²⁰²	157, 40 7 ⁹	10, 350 11 ³¹
57, 353 8 ²⁶²	158, 40 7 III 2 b bb), III 2	12, 136 3 ¹⁰⁷
60, 24 3 ¹¹⁸	c aa), III 2 c bb); 7 ¹⁰⁹	12, 308 8 ²⁶²
60, 284 8 ¹¹⁸	158, 302 11 ¹⁸³	13, 111 1 I 2 a; 3 ²⁰ ; 4 ¹² ;
67, 260 8 II 4 a, II 4 b	158, 398 11 ^{34,161}	5 ⁷⁶ ; 15 ¹⁷
68, 269 8 ²⁵⁵	161, 52 6 ^{11,42}	14, 7 5 ⁷³ ; 11 ¹⁴⁴
69,245 13 ¹⁶	161, 241 8 II 3 b aa)	16, 259 9 ⁹⁸
81, 204 14 II; 14 ³	163, 348 8 ¹¹⁸ ; 11 ^{30,31,52,55}	20, 270 6 ⁵
86, 262 6 ⁵¹ ; 11 ¹⁶²	169, 65 7 ^{24,145}	20, 345 5 ^{72,114} ; 6 ^{89,94,97,103,203} ;
86, 343 8 ¹¹⁸	2. RG HRR	8 ^{64,263} ; 12 ⁵⁴ ; 15 ⁴² ; 16 ³¹ ; 18 ⁴⁸
93, 227 9 ⁸⁰	3. RG JW	21, 98 13 ^{18,27}
97, 310 6 ^{5,89,97,103} ; 12 ^{54,57} ;	1909, 274 8 II 4 a	21, 319 16 ^{14,30}
15 ⁴²	1918, 133 9 ³¹	24, 106 7 I 3
98, 131 6 ⁵¹ ; 11 ¹⁶²	1927, 38 9 ¹²⁷	26, 185 8 I 5 d
101, 389 7 ²⁰⁷	1931, 529 9 ¹³¹	26, 256 9 ⁸⁴
111, 151 14 III 2 b	1933, 692 9 ³¹	26, 353 6 ¹
115, 31 7 ⁹	1938, 1025 9 ^{31,131}	29, 157 8 III 2 c
117, 112 9 ⁷⁰	1938, 1329 3 VI 2	
119, 332 7 ²⁰⁷	4. RG SeuffA	29, 162 11 ³⁰
122, 229 6 ³²	74 Nr. 174 9 ¹²⁸	29, 289 14 ⁴⁸

31, 321 3²⁰⁸
 32, 76 9⁸⁴; 11³⁰³¹
 33, 243 13²²
 34, 122 11⁷
 35, 103 14⁴²
 35, 356 6¹⁹³; 7 II 1, II 3
 36, 30 3³²⁹; 18
 36, 171 6⁸⁹
 37, 258 2²⁰³; 6¹³; 11¹¹⁰; 12 I
 1 a, I 1 b, I 2 a, I 2 b; 12¹²
 39, 87 6¹³
 39, 186 6^{171 172 184}; 11³²;
 17⁴
 40, 272 1 II 1 b, 1 c bb, II
 2 b ee (1); 1^{2 82}; 3 II 1 3⁴;
 11¹²⁹; 14¹⁹; 15¹⁸
 41, 157 7²⁴³; 11 II 3 c aa);
 11^{163 164 195 200}
 43, 1 13²²
 44, 372 6¹²⁶
 45, 186 13²⁵
 45, 212 6¹¹
 45, 258 14^{23 71}
 47, 128 5⁷³; 8²⁴²; 11⁵³
 48, 70 2⁴
 50, 90 6¹³
 50, 227 1²³; 2 III 2 a; 2³⁹
 53, 144 8 II 3 a, II 3 c ee);
 10²¹
 54, 347 14⁹
 55, 128 6 I 1, I 2 c; 6^{15 77 96};
 7¹⁷⁴; 8 II 3 c dd (1); 8^{167 220}; 9
 I 1; 9¹⁴⁰; 11⁵⁹; 15³¹; 16^{13 29}
 55, 176 1 II 1 b, II 2 b ee
 (1); 5⁷³; 8²⁴²; 11⁵³
 56, 173 8 I 5 d; 8^{66 264}
 56, 228 1 II 1 b, II 1 c aa,
 II 2 a, II 3; 1^{82 86}; 3 II 1, II 2
 57, 137 8 II 3 a, II 3 c ee);
 8²⁷; 10²¹
 58, 184 3 IV 2
 61, 289 1³; 2 III 2 b, IV 5
 c; 2⁸⁸; 16 II 16⁹
 61, 338 8 II 4 a, II 4 b
 62, 388 6¹⁶⁹
 66, 150 8 III 2 c
 66, 362 2 III 2 b, 2 IV 5 b
 66, 372 2 III 2 b

68, 307 13¹⁴
 67, 75 2 III 2 b
 69, 186 2 III 2 b
 71, 86 5¹⁶²; 14¹⁸
 71, 216 11⁵⁵
 71, 358 6⁶⁵; 8⁸⁰
 72, 9 10⁴⁰
 72, 246 1^{2 32}; 3 III 1, III 3
 b, VIII 2, VIII 3; 3^{91 92 218}
 72, 252 8 II 3 a, II 3 b aa),
 II 3 c ee
 72, 252 5⁶⁴
 75, 203 2²⁹; 7¹²; 9^{2 68}; 11⁶⁰
 77, 16 6¹⁰⁵
 78, 201 3 VI 2
 78, 216 8 II 3 a, II 3 c ee)
 82, 28 3 VI 2, VIII 2; 8⁹⁸
 82, 299 6^{94 130}; 7³²
 82, 310 6¹⁰⁵
 83, 293 6⁵⁶; 8⁷⁸; 9 II 2 c
 aa); 9^{2 96 111}
 83, 395 13²⁵
 89, 376 2 III 2 b
 93, 183 9⁷¹
 98, 83 5¹⁶²
 99, 244 6^{94 130}; 7³²
 100, 95 5⁷³
 101, 293 2²⁰³; 11¹¹⁰; 12¹
 104, 337 13⁹
 105, 365 3 VI 2, VI 3 b;
 17³⁵
 109, 179 11⁵⁵
 111, 308 2²⁰³; 11¹¹⁰
 111, 382 2 III 2 b; 2⁷⁶
 112, 376 7 III 2 a bb), III 2
 b bb), III 2 c aa, III 2 c dd)
 113, 62 3 III 1
 115, 268 6⁵⁶; 8⁷⁸; 9¹¹¹
 118, 383 9⁸⁰
 116, 251 8 II 3 a, II 3 c ee)
 126, 105 8 II 3 e cc); 8¹¹⁷
 130, 30 9⁹⁹
 130, 288 14¹⁸
 132, 105 14 I, III 2 h; 14⁷
 133, 246 9⁸¹
 143, 1 6¹⁶⁹
 145, 52 7⁵²; 8 II 3 a
 146, 298 8 II 3 a, II 3 c ee);

8¹⁹²
 146, 341 8²¹⁶
 147, 145 2 III 2 c; 2^{43 76 78};
 16¹⁹; 18³⁷
 147, 152 8 II 3 a; 8¹¹⁷
 151, 127 3 VI 3 e
 152, 307 2 III 2 c, 2^{76 78};
 18³⁷
 158, 1 7⁵⁵
 161, 241 8 II 3 a, II 3 c ee);
 8²²⁴
 167, 171 1⁴
 168, 220 7 III 4 b aa); 7¹⁷
 169, 308 14¹⁸
 174, 290 14 I; 14⁴
 184, 188 1²

2. BGH BB

1971, 1348 7¹⁶¹

3. BGH DB

2015, 1035 2¹¹¹; 6¹⁹⁰; 8²⁸

2016, 227 6 II 5

4. BGH GRUR

1961, 356 7³⁵

1962, 512 7³⁵

2012, 715 6^{102 128}

5. BGH JZ

1961, 24 11¹⁴⁸

1961, 699 9¹²⁶

1972, 163 11¹⁸³

6. LM

Nr. 1 zu § 102 7³⁹

Nr. 25 zu § 812 13 II 1;

13²⁹

Nr. 7 zu § 818 Abs. 2 7 II

4; 7³⁸

Nr. 7 zu § 818 Abs. 3

8²⁵⁵

Nr. 3 zu § 987 7 II 4

7. BGH NJW

1952, 417 6²

1954, 265 7²¹¹

1955, 499 6⁴⁵

- 1959, 528 11 I 2 c aa) (2); 11^{34 161}
- 1961, 452 6⁴¹; 7 II 1, II 3
- 1961, 2205 7 II 1, II 3
- 1962, 1148 6⁴¹
- 1962, 2293 7²³⁸
- 1963, 1299 7²⁰⁸
- 1963, 1870 8 II 3 a
- 1964, 1125 7¹⁵⁵
- 1964, 1853 16^{12 28}
- 1964, 1898 3⁸⁰
- 1965, 816 5⁷⁵
- 1968, 197 11^{102 105}; 13 I 1, I 2
- 1969, 1205 12³
- 1970, 136 7 III 4 b bb) (1)
- 1970, 754 11¹⁶⁶
- 1970, 2059 5⁷⁴; 8^{242 243}; 18⁴⁹
- 1970, 2289 14⁴⁷
- 1971, 609 5^{62 63 64 71 112 130}; 6^{28 29}; 12²⁷
- 1973, 613 8 II 3 a
- 1974, 1132 4^{7 13}
- 1975, 638 7 II 4; 7⁴⁰
- 1976, 1091 8^{242 243}; 18⁴⁹
- 1977, 38 2^{37 41}
- 1977, 529 14⁶⁴
- 1977, 1335 11¹⁰²
- 1978, 1578 7 II 4; 7^{40 42 76}
- 1979, 157 3¹⁵⁷
- 1979, 716 11^{34 161}
- 1979, 1597 6⁶⁵
- 1979, 2205 5¹¹⁴; 8 III 2 d; 8⁶⁴
- 1980, 115 9 II 2 c aa)
- 1980, 833 13 I 2
- 1981, 224 8 I 4 a; 8²⁹; 10^{30 34 35}
- 1981, 277 2⁹²; 8^{28 63}
- 1981, 865 14⁶⁸
- 1981, 2687 7 III 2 a bb); 7^{24 146}; 8⁹³
- 1982, 2433 8 II 4 a, II 4 b
- 1983, 929 9⁵¹
- 1983, 1420 6⁴²
- 1983, 1905 8 II 4 a, II 4 b
- 1983, 2499 2¹⁵
- 1984, 2404 2¹⁸⁰
- 1986, 376 13¹³
- 1986, 2438 6⁴⁵
- 1986, 2700 3^{79 81}
- 1987, 185 2 III 2 b
- 1987, 2004 6⁶⁹
- 1987, 2076 3¹⁹⁸
- 1988, 1967 13^{9 13}
- 1988, 3011 8¹⁰⁹
- 1989, 161 3 VI 2, VI 3; 9 II 4 c; 9¹³⁰
- 1990, 314 5⁶⁵
- 1990, 323 6¹⁹¹
- 1990, 447 7⁶⁷
- 1990, 938 3²²¹
- 1991, 919 3 III 3 b; 3^{72 94}
- 1991, 1810 2 III 4 b cc; 2⁸⁶
- 1992, 109 6⁴⁰
- 1992, 302 7¹²⁹
- 1992, 305 7¹²⁹
- 1992, 1037 5^{65 67}; 8 I 4 a, I 5 d, II 2 b aa); 8^{54 95}
- 1992, 1172 9⁷⁹
- 1992, 2084 5¹¹⁴; 6 II 2 b; 6^{97 203}; 8²⁶³; 12⁵⁴; 15⁴²; 18⁴⁸
- 1992, 3145 5⁶⁶
- 1993, 648 8⁸¹
- 1993, 1578 3 VI 2, VI 3 b, VI 3 d
- 1993, 1914 8 II 4 a, II 4 b
- 1993, 2678 3¹⁷⁴
- 1993, 3196 12 I 1 a; 12¹³
- 1994, 2020 7 II 4
- 1995, 53 7 III 2 a bb); 7⁷⁷
- 1995, 727 12 I 1 a
- 1995, 1152 6⁵⁷; 8⁷⁹
- 1996, 52 11³²
- 1996, 3414 3²²¹; 8 I 4 a; 8^{32 33}
- 1997, 190 8²³⁶
- 1998, 898 8⁶³
- 1998, 2354 7 II 2; 7⁶³
- 1998, 2433 9 II 4 b; 9⁷²
- 1998, 2529 6⁴⁰
- 1999, 570 3²⁰¹
- 1999, 1181 8¹⁹²
- 1999, 2890 7⁵²
- 2000, 72 14⁶²
- 2000, 422 12²⁷
- 2000, 1031 9 I 1, I 2 d aa) (5)
- 2000, 3562 5^{70 108}; 8 II 3 c ee); 8¹⁵³
- 2001, 1855 2 III 2 c; 2^{45 47}
- 2002, 1872 7 III 2 a bb)
- 2003, 352 3¹⁹⁹
- 2003, 582 2⁴⁴; 10²⁷; 16¹⁹
- 2004, 1315 2⁴⁴
- 2005, 60 1^{82 88}; 3 I 1
- 2005, 415 2⁸³; 3⁵⁰
- 2005, 1369 3¹⁷⁴; 17³⁵
- 2005, 1948 2⁴⁶
- 2005, 3213 2 III 2 c; 2⁴⁴; 16¹⁹
- 2006, 45 9¹¹⁷
- 2006, 286 9¹³⁰
- 2006, 1731 3^{170 174}; 17³⁵
- 2006, 2847 7 II 4, III 2 a bb); 7^{41 42 76 77}
- 2007, 914 2¹¹¹
- 2007, 3127 1^{82 88}
- 2008, 845 10²⁷
- 2008, 1942 9¹¹⁷
- 2009, 63 7 III 2 a bb); 7⁹⁷
- 2009, 984 9¹¹⁷
- 2010, 2125 8⁸¹
- 2011, 66 2⁷⁶
- 2012, 523 1 II 1 b
- 2012, 3366 12¹
- 2012, 3373 3¹⁷⁴
- 2013, 2021 5⁶²; 6 I 2 d aa); 6^{9 37}
- 2013, 2364 7 II 3
- 2013, 3364 11 I 3 c bb)
- 2014, 547 2 III 2 c, III 4 b ff) (1); 2^{99 104}
- 2014, 853 8 II 3 a
- 2014, 1095 1⁷⁰; 6 I 1, I 2 b, II 5; 11 I 2 b aa), I, 2 b bb) (1) (b), I 2 c aa) (3); ; 11^{38 98}
- 2014, 1294 9^{25 96}
- 2014, 2646 6 I 1, I e
- 2014, 2790 9^{27 65 68 81 93 119}
- 2014, 3090 10 II 1
- 2015, 229 6 II 4 a; 6¹⁶⁶

2015, 1523 7 II 3
2015, 1948 2⁷⁶

8. BGH NJW-RR

1994, 291 6^{11 42}
2000, 382 6 I 2 d aa); 13²
2004, 22 8 II 3 a
2005, 1572 6³⁵

9. BGH WM

1955, 1170 7⁵⁰
1961, 530 6⁵⁸
1961, 1149 7⁵⁰
1963, 165 4⁶
1963, 1066 7²³⁸
1964, 679 1⁴⁸
1967, 1147 11^{165 195}
1970, 1421 2⁹²
1971, 1268 7⁶⁵
1973, 71 7²³⁸
1973, 560 9⁹¹
1974, 572 18⁵⁸
1976, 1056 12⁶⁸; 14¹⁶
1978, 708 5⁶²
1979, 550 8⁸⁰
1889, 520 2¹⁷⁷
1989, 1560 2¹⁵³
1990, 1280 2 III 2 b; 2⁷⁶
1991, 147 1 II 1 b
1992, 1392 2¹⁷¹
2008, 1963 2¹⁷⁷

10. NZM

2009, 541 6²¹⁴
2009, 701 13²

11. VersR

1964, 94 12⁷²

12. BGH ZIP

1990, 915 2⁴
1998, 292 8⁸⁸
1999, 659 8⁸⁸
2000, 576 3¹⁹⁹
2004, 2324 12¹
2014, 1027 1 II 1 b; 12 V
2015, 534 2¹⁸⁴
2015, 1426 6 II 5; 8¹⁸⁰;
9¹⁴⁹
2015, 1477 2 IV 1 a
2015, 1622 2 IV 1 a

VI. BAG

1. BAGE

10, 176 9²
11, 102 9²

2. BAG NJW

1985, 935 9¹³⁴
1960, 1590 10⁴¹

3. BAG NZA

1987, 373 7²⁰⁶
1990, 696 7²⁰⁵
1992, 177 7²⁰⁶

VII. OLG und Obergerichte

1. KG Berlin

NJW 1960, 1864 6³²

2. OLG Dresden

Seuff A 77 Nr. 182 8 I 4 a;
8³⁴

3. OLG Düsseldorf

OLGR 2009, 67 4⁶

4. OLG Hamburg

NJW 1977, 1347 12⁷²

5. OLG Hamm

NJW 1974, 951 12⁶⁹;
14¹⁶

6. OLG Karlsruhe

NJW 2014, 1744 9 II 1
WM 2005, 645 6³⁹

7. OLG Köln

NJW 1971, 1943 6³²
NJW 1983, 1500 2²¹⁵
ZIP 1992, 1726 2¹³⁴

8. OLG Nürnberg

NJW RR 2002, 1478 2¹¹⁰

9. OLG Rostock

ZIP 2006, 1812 2¹¹⁰

Sachregister

Die Fundstellen beziehen sich auf die Paragraphen des Bandes und deren Untergliederungen. Hochgestellte Zahlen verweisen auf Fußnoten.

Abbuchungsauftragsverfahren 2 IV 3 b
Abgekürzte Lieferung 1 I, 2 I – III
Grundsätzliche Gleichbehandlung mit Lieferkette 1 I 1 b; Grenzen der Gleichbehandlung aufgrund unterschiedlicher sachenrechtlicher Unwirksamkeitsrisiken 1 I 2 d bb
Abhängigkeit des Kondiktionsinhalts von der Kondiktionsart 5 IV 2 a
Abschließender Katalog von Bereicherungsansprüchen 17 I
Abschöpfungskondiktion bei fehlender Autorisierung 2 IV 1 b; bei ursachenneutralen unrechtmäßigem Haben aus fremdem Vermögen 5 III 1 b, 15 II; und Entreicherungseinwand 8 III 1, III 3; Verhältnis zum Eigentümer-Besitzer-Verhältnis 11 III 2 b; Verhältnis zur Geschäftsführung ohne Auftrag 12 V
Abstrakter Vertrauensschutz 2 III 4 b dd
Abtretungsfälle → Zessionsfälle
Abwicklungsverhältnisse Verhältnis zur *condictio ob causam finitam* 10 I 1
Allgemeine Nichtleistungskondiktion → Abschöpfungskondiktion
Allgemeines Schuldrecht Verhältnis zum Bereicherungsrecht 10; Verweisungen auf das Bereicherungsrecht 14 III 2 a
Allgemeine Vorschriften → Haftungsverschärfung
Analogie zum Abtretungsrecht statt § 818 BGB bei Haftung aus Rückgriffskondiktion 6 II 3 c

Analogie zur Aufrechnung bei Nachholung der Erklärung des Drittleistungswillens 3 III 5 c
Analogie zum Rücktrittsrecht bei Haftung aus Leistungskondiktion 6 I 2 d bb, 7 I 2, 8 II 1, 3, 9 I 2 b
Analogie zu § 687 II 2 BGB bei Haftung aus Aufwendungskondiktion 6 II 4 b
Anfechtbarkeit Gleichstellung von Kenntnis der Anfechtbarkeit mit Kenntnis der Nichtigkeit im Sinne des § 814 BGB? 9 II 2 b
Angefochtene Anweisung Rückabwicklung 2 III 4 b ee
Angenommene Anweisung Rückabwicklung 3 V
Anscheinsbotenmacht 1 I 2 d cc, 2 III 4 b dd
Anscheinermächtigung 2 III 4 b dd
Anscheinsvollmacht 1 I 2 d cc; 2 III 4 b dd, IV 2
Anweisung 1 I 1 b, I 2; Abstraktionsprinzip im Normalfall 1 I 2 d cc; Akzessorietätsprinzip im Sonderfall des verbundenen Geschäfts 1 I 2 d cc; Botenmacht des Angewiesenen für Zweckbestimmung des Anweisenden gegenüber dem Empfänger 1 I 2 b; defekte Anweisung 2 III; Doppelwirkung der Anweisung als Zweckbestimmung des Anweisenden gegenüber dem Empfänger und als Ermächtigung des Empfängers nach § 362 II BGB 1 I 2 b; Empfangsermächtigung des Empfängers als Voraussetzung einer Leistung Angewie-

- sener – Anweisender 1 I 2; fehlende Anweisung 2 III 4 b aa; gefälschte Anweisung 2 III 4 b aa; mangelnde Geschäftsfähigkeit des Anweisenden 2 III 4 b bb; Verbots- oder Sittenwidrigkeit der Anweisung 2 III 4 b cc; Voraussetzungen des Bereicherungsdurchgriffs des Angewiesenen auf den Empfänger 2 III 4 b; Widerruf der Anweisung 2 III 4 b dd
- Arbeitsleistung** Abgrenzung zur Dienstleistung 6 I 2 d bb (3); im fehlerhaften Arbeitsverhältnis 6 I 2 d bb (3); Überzahlung von Arbeitslohn 10 III; Weiterbeschäftigung trotz wirksamer Beendigung des Arbeitsverhältnisses aufgrund des allgemeinen Beschäftigungsanspruchs 8 III 3
- Arglistige Täuschung** als Grund für die analoge Anwendung des § 346 III 1 Ziffer 3 BGB zugunsten des getäuschten Rückgewährschuldners 8 II 3 c dd (2); 10 II 3; als Grund für die verschärfte Haftung des täuschenden Rückgewährschuldners 8 II 3 a; als Grund für Anspruchskonkurrenz zwischen Leistungskondition und Eigentümer-Besitzer-Verhältnis? 11 I 2 c cc (2) (a)
- Aufdrängungsschutz** außerhalb des Bereicherungsrechts 5 III 2 a.E.; als Spezifikum der Bereicherung des Schuldners durch Gläubigerhandeln 5 IV 2 b bb
- Aufgedrängte Bereicherung** als spezielles Problem der Aufwendungskondition 6 II 4 b cc (2), dd; bei Verwendungen des bösgläubigen unrechtmäßigen Besitzers 11 II 3 c bb (1) (e), bei Verwendungen des Rücktrittsschuldners 7 III 2 c cc
- Auflassungsvormerkung** Eintragungskosten als Wegfall der Bereicherung 8 II 2 b aa
- Aufwendungskondition** Abgrenzung zu anderen Kondiktionsarten 6 II 4 a; als umgekehrte Eingriffskondition 6 II 4 a; und Entreicherungseinwand 8 III 1; Verhältnis zu § 687 II 2 BGB 6 II 4 b, 12 IV 1; Verhältnis zu §§ 994 ff. BGB 11 II 3 c; vermeintlicher Fremdbesitzer als Aufwendender 6 II 4 e
- Auseinanderfallen von Eigentum und Besitz** Grenzen 11 I 1 c
- Ausschließlichkeitstheorie** im Hinblick auf die Regelung der Nutzungsherausgabe nach den §§ 987, 988 BGB 11 I 2 b aa; im Hinblick auf die Regelung von Verwendungsersatzansprüchen in den §§ 994 ff. BGB 11 II 3 c bb
- Autorisierung im Zahlungsverkehr** Auswirkung des Fehlens der Autorisierung auf den Bereicherungsausgleich 2 IV 1
- Bebauung eines fremden Grundstücks** als Aufwendung 7 III 2 c cc a.E., 11 II 3 c; als Leistung 7 II 3, 11 I 3 c cc
- Bebauung eines rechtsgrundlos erworbenen Grundstücks** Beseitigungspflicht im Fall der Rückabwicklung eines nichtigen gegenseitigen Vertrags und in sonstigen Fällen der Leistungskondition 7 III 2 c cc; Bereicherungsausgleich nach Wegfall der Bebauung 8 II 2 b bb; keine Gleichstellung mit Bebauung eines fremden Grundstücks 7 III 2 c cc
- Belastung fremden Eigentums** Erforderliche Einschränkung des Surrogationsgedankens in § 816 I 1 BGB 7 III 2 b bb; Vorrang der (bereicherungsrechtlichen) Naturalrestitution vor der Pflicht zum Wertersatz 7 III 2 b bb und c bb
- Belastung rechtsgrundlos erworbenen Eigentums** Beseitigungspflicht wegen (nur) vorübergehender Unmöglichkeit 7 III 2 c aa; Pflicht zum Ersatz des Werts der Nutzung als Kreditunterlage während der vorübergehenden Befreiung von der Beseitigungspflicht nach § 275 II BGB 7 III 2 c aa
- Bereicherungsanspruch** Gegenstandsorientierung der Leistungskondition

- 5 IV 3; 6 I 1 und 2, 15 II; (begrenzte) Vermögensorientierung der Nichtleistungskondiktion 5 IV 3, 6 II 2 c aa, 15 II; Konzeption des historischen Gesetzgebers 5 I; und Vindikationsanspruch 11 I 1, II 2 a, 3 a; und Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag 12 I – V
- Bereicherungsdurchgriff** – Direktkondiktion
- Bereicherungsgegenstand** Besitz 6 I 1, 2 b, II 5; Bestimmung in Anweisungsfällen 2 I; Dienstleistung 6 I 1; Ehrenerklärung 6 I 1, 2 b; Gebrauchsüberlassung (Leihe, Miete, Darlehen) 6 I 1, 2 d; Gleichlauf mit Erfüllungsrecht 2 I 3; im Fall der Leistungskondiktion 6 I; im Fall der Nichtleistungskonditionen 6 II; im Fall verbundener Geschäfte 3 IX; Maklerleistung 6 II 2 c; Versicherungsschutz 6 I 1, 2 e; Werkleistung 6 I 1, 2 c
- Bereicherungshaftung** des Schuldners aus Abschöpfungskondiktion 8 III 3 a, c, 9 I 2 d bb (2); des Schuldners aus Aufwendungskondiktion 8 III 3 a, 9 I 2 d bb (1); des Schuldners aus Eingriffskondiktion 8 III 2, 9 I 2 c, d bb (1); des Schuldners aus Leistungskondiktion 8 II, 9 I 2 b dd aa; des Schuldners aus Rückgriffskonditionen 6 II 3, 8 III 1
- Bereicherungsrechtliche Anspruchsgrundlagen** → Kondiktionstatbestände
- Bereicherungsursache** Notwendigkeit einer ursachenabhängigen Bereicherungshaftung 5 II, 15; Ursachenneutralität der Bereicherungsrechtskonzeption des historischen Gesetzgebers 5 I
- Beschränkte Geschäftsfähigkeit** des Anweisenden 2 III 1, 4 b bb
- Betriebsmittel Haftung** auf anteilige Herausgabe des durch Nutzung fremder Betriebsmittel erzielten Gewinns 7 II 1, 4
- Beweislast** für vom objektiven Wert des Erlangten abweichende Bereicherung 5 I 2, 3
- Bösgläubigkeit** Voraussetzungen 9 II 2
- Bote** Angewiesener als Bote des Anweisenden bei seiner Zweckbestimmung gegenüber dem Zuwendungsempfänger 1 I 2; Botenmacht ohne Auftreten als Bote 1 I 2 a; Auftreten als Bote ohne Botenmacht 1 I 2 b, Anfechtbarkeit des Auftretens des Boten wegen fehlenden Botenwillens? 3 I 3b
- Bürgschaft** Rechtsgrundlose Bürgenzahlung wegen Unwirksamkeit des Bürgschaftsvertrags 3 VII 1; rechtsgrundlose Bürgenzahlung wegen Nichtbestehens der gesicherten Forderung 3 VII 1, 2; Sonderfall Bürgschaft auf erstes Anfordern 3 VII 2; und verbundenes Geschäft 3 IX 2
- Commodum ex negotiatione** und Gewinnhaftung 6 II 2 c cc (3); und Haftung nach den allgemeinen Vorschriften 9 I 2 d aa (4), bb (2); und Haftung auf Herausgabe des Surrogats nach § 818 I BGB 7 I 1, 2; und Rückabwicklung nichtiger gegenseitiger Verträge 7 I 2
- Commodum ex re** Inhalt 7 I 3
- Darlehen** Leistungsgegenstand 6 I 1, 2 d; Rückgewähr der Valuta bei Unwirksamkeit des Darlehensvertrags 6 I 2 d bb (1) (b)
- Deliktsrecht** Verweisung auf das Bereicherungsrecht 14 III 2 d
- Dienstleistung** → Bereicherungsgegenstand
- Dienstvertragsrecht** Verweisung auf das Bereicherungsrecht 14 III 2 d
- Differenzhypothese** als grundsätzlicher Maßstab für die Ermittlung der Bereicherung im Fall der vermögensorientierten Nichtleistungskondiktion 6 II 2 c bb

Differenzierungstheorie als Lösungsvorschlag für die Fälle der defekten Anweisung 2 III 3 b cc

Direktdurchgriffskondiktion

→ Direktkondiktion

Direktkondiktion als Erscheinungsform der Abschöpfungskondiktion 2 III 4 b aa, 5 IV 3; bei Unwirksamkeit der Abtretung 3 VI 1 a; Voraussetzungen in den Fällen defekter Anweisung 2 III 4 b

Dissens einseitig verschuldeter Dissens und Leistungskondiktion 10 II 2

Do-ut-des-Zweckbestimmung

→ Zweckbestimmung

Doppelmangel Doppelkondiktion statt Bereicherungsdurchgriff 2 I 1; Kondiktionsanspruch des Erstempfängers gegen den Zweitempfänger als Surrogat im Sinne des § 818 I BGB? 2 II 2 a, b, 7 I 2

Dreiecksverhältnis Anweisungsleistung 2; Sonderkonstellationen 3; unechtes Dreiecksverhältnis 4

Drittleistung Abgrenzung zur Anweisungsleistung 1 I 2a, 2 III 2 a; 3 I; Leistung des Dritten aus eigenem Antrieb 3 III 3 a; Leistung des Dritten auf Veranlassung des (Schein-)Schuldners 3 III 3 a; Rückgriff des Dritten gegen den Schuldner 3 III 4; Möglichkeit und Grenzen nachträglicher Erklärung des Drittleistungswillens 3 III 5

Durchgriffstheorie als Lösungsvorschlag für die Fälle der defekten Anweisung 2 III b dd

Ehrenerklärung → Bereicherungsgegenstand

Eigentümer-Besitzer-Verhältnis Verhältnis zur Haftung aus (Besitz-)Eingriffskondiktion 11 II 2; Verhältnis zur Haftung aus Leistungskondiktion 11 I 1–3; Verhältnis zur Haftung aus (restlicher) Nichtleistungskondiktion 11 II, 1, 3

Eigentümerwechsel nach den §§ 946 ff. BGB Auswirkung des gesetzlichen

Ausschlusses der bereicherungsrechtlichen Naturalrestitution auf die Pflicht zur Nutzungsentschädigung 7 II 3; auf den Zeitpunkt der Wertermittlung 7 III 4 b

Einbau fremder Materialien Haftung des Bauherrn oder des Bauunternehmers? 3 II 1 und 2; Grenzen des Schutzes des Bauherrn 3 II 3. Siehe auch (gläubiger- und schuldnerbezogene) → Subsidiarität der Nichtleistungskondiktion

Eingriffskondiktion Anwendungsbe-
reich 15 I, 16 I; Folgen der vindikationsersetzenden Funktion der Eingriffskondiktion 8 III 2 c; Haftung mehrerer Schuldner aus Eingriffskondiktion 8 III 2 d; und Konzeption Wendehorst 5 III 1 b, 2 a; objektiver Wert des Erlangten als Höchstbereicherung 6 II 2 c cc, als Mindestbereicherung 6 II 2 c bb; quasivertragliche Haftung als Rechtsfolge der Eingriffskondiktion 5 IV 2 b bb und Rechtsfortwirkung des urspürten Rechts als dogmatische Begründung 6 II 2 c bb und cc; Verhältnis der Haftung aus Eingriffskondiktion zur dreifachen Schadensberechnung bei der Verletzung von Immaterialgüterrechten 6 II 2 c bb; Verhältnis zum Eigentümer-Besitzer-Verhältnis 11 II 2; Verhältnis zur Geschäftsführung ohne Auftrag 12 II; Verschuldensabhängigkeit oder -unabhängigkeit der quasivertraglichen Haftung 6 II 2 c bb

Einheitslehre und Vorstellung vom Bereicherungsrecht als autonomem Billigkeitsrecht 15 I

Einzugsermächtigungsverfahren

2 IV 3 a

Empfangsermächtigung und Anweisung 1 I 2 a und c; Verständnis in der Rechtsprechung 2 III 2 c; Verständnis im Schrifttum 2 III 3 b cc

Empfängerhorizont als eigenständiger Zurechnungsgrund 2 III 3 a, 4 I 2; als Maßstab für die Auslegung der Til-

- gungs- bzw. Zweckbestimmung 2 III 4 a, 3 I 3 b
- Entreicherungseinwand** als (ursprünglich) oberster Grundsatz des Bereicherungsrechts („Schädigungsverbot“) 5 III 2, 8 I 1; als ausnahmsweises Privileg des gutgläubigen Schuldners aus Leistungskondiktion 8 I 4 b, 5 c; Abstimmungsbedarf zwischen Entreicherungseinwand des Schuldners aus Leistungskondiktion und der Rückabwicklung nach den §§ 346 ff. BGB 8 II 1; Derogation des Entreicherungseinwands durch die Analogie zu den §§ 346 ff. BGB im Fall der Rückabwicklung nichtiger gegenseitiger Verträge 8 II 3 c dd, durch die Analogie zu § 687 II 2 BGB im Fall der Aufwendungskondiktion 8 III 1, durch die Analogie zu §§ 404 ff. BGB im Fall der Rückgriffskondiktion 8 III 1; Modifikation des Entreicherungseinwands durch den Rechtsfortwirkungsgedanken im Fall der Eingriffskondiktion 8 III 2; uneingeschränkte Anwendung des Entreicherungseinwands im Fall der Abschöpfungskondiktion 8 III 3 a; Verhältnis des Entreicherungseinwands zur Lehre von der Gegenleistungskondiktion 8 II 3 b bb, zur Saldotheorie 8 II 3 b bb (1), zur Vermögensentscheidungslehre 8 I 2, 5 a
- Erfüllung** Parallelität der Rechtsbegriffe Erfüllung und Leistung 1 I 2 a; wirksame Erfüllung bei Bestehen als Maßstab für die Bestimmung des Gegenstands 2 II 3, 6 I 2 c und der Parteien der Rückgewähr 2 II 1, III 4 nach Leistungskondiktion bei Nichtbestehen des Rechtsgrunds
- Erfüllungsübernahme** Anweisungsleistung (analog) oder Drittleistung 3 VIII 3
- Erlangtes Etwas** → Bereicherungsgegenstand
- Ersitzung** Ausschluss eines bestehenden Bereicherungsanspruchs durch Ersitzung 13 II 2 b; Kondiktionsfestigkeit des Erwerbs 13 II 2 a
- Ersparnis von Aufwendungen** als erlangtes Etwas im Fall der Aufwendungskondiktion 6 II 4 b bb; als erlangtes Etwas im Fall der Eingriffskondiktion 5 III 1 c; als erlangtes Etwas im Fall der Leistungskondiktion 15 II; als erlangtes Etwas im Fall der Rückgriffskondiktion 5 III 1 c
- Familienrecht** Verweisung auf das Bereicherungsrecht 14 III 2 h
- Feuerversicherungsfall** 3 VI 2
- Flugreisefall** 6 I 1, 2 c
- Fremdbesitzer** Haftung für unberechtigte Nutzungsziehung 11 I 3 b aa, 3 c; Verwendungsersatzanspruch bei gutem Glauben an das Recht zur Vornahme der Verwendungen 11 I 3 c bb
- Fremdgeschäftsführerhaftung** des Schuldners aus Nichtleistungskondiktion nach Rechtshängigkeit des Herausgabeanspruchs oder Eintritts der Bösgläubigkeit des Verpflichteten 5 I 3, III 1 a
- Fremdwährungsschuld** 7 III 2 b ee
- Früchte** als Nutzung 7 II
- Fundersitzung** Verweisung auf das Bereicherungsrecht 14 I
- Garantie auf erstes Anfordern** Bereicherungsausgleich bei Nichtbestehen der garantierten Forderung 3 VII 2
- Gebrauch fremder Güter** Gegenstandsorientierte Bestimmung des erlangten Etwas durch h.M. 6 II 2 a
- Gebrauchsüberlassung** Verhältnis zu § 818 I BGB 6 I 2 d, 7 II 1; Verhältnis zu §§ 987 f. BGB 11 I 3 c bb, 13 I 1
- Gegenleistungskondiktion** als grundsätzliche Alternative zur Saldotheorie 8 II 3 b bb, c cc; als Bestandteil der Konzeption Wendehorst 5 III 1 b
- Gegenstandsorientierung** des Bereicherungsrechts 5 III 1 c; der Leistungskondiktion 5 IV 3, 6 I

- Geheißperson** als Hilfsperson des Leistenden (unechtes Dreiecksverhältnis) 4 I 1
- Geldschuld** als Wertersatzpflicht 7 III 2 c ee; nach rechtsgrundlosem Geldempfang 7 III 2 c ee; Zinsen aus der Anlage von Geld als Nutzungen? 7 II 2
- Geschäftsbesorgungsvertrag** als Subordinationsvertrag 12 I 2 b; Rückabwicklung eines nichtigen Geschäftsbesorgungsvertrags 12 I 2 a; Verhältnis von Leistungskondition und §§ 994 ff. BGB bei der Rückabwicklung nichtiger Geschäftsbesorgungsverträge 11 I 3 b bb, c cc
- Geschäftsführung ohne Auftrag** Auch – fremdes – Geschäft und gläubigerbezogene Subsidiarität der Nichtleistungskondition 12 V; Bedarf nach Abstimmung von Eingriffs- und Aufwendungskondition auf § 687 II BGB 5 IV 3, 6 II 1, 4 b, c, 15 II; berechnete Geschäftsführung ohne Auftrag als Rechtsgrund im Sinne des § 812 I BGB 12 I 1 a; Verhältnis zur Abschöpfungskondition 12 V; Verhältnis zur Aufwendungskondition 12 IV; Verhältnis zur Eingriffskondition 12 II; Verhältnis zur Leistungskondition 12 I; Verhältnis zur Rückgriffskondition 12 III; Verweisungen auf das Bereicherungsrecht 14 III 2 c
- Geschäftsunfähigkeit** des Anweisenden 2 III 1, 4 b bb; Unfähigkeit zur Leistung und zum Leistungsempfang 1 I 2 d cc, 15 II
- Gewinnhaftung** des Schuldners aus Eingriffskondition unter dem Gesichtspunkten erlangtes Etwas 6 II 2 c cc und subjektiver Wertbegriff 7 III 3; des Schuldners aus Leistungskondition unter dem Gesichtspunkt der Herausgabe des Surrogats für das Erlangte 7 I 2 und der Herausgabe der Nutzungen aus dem erlangten Gegenstand 7 II 2; Herausgabe des Unternehmensgewinns 7 II 1, 4; Inhalt der Gewinnhaftung 7 II 4, 12 II 1
- Gutgläubiger Erwerb** → Hemdenfall, Subsidiarität der Nichtleistungskondition
- Güterschutzfunktion** der Eingriffskondition 15 I
- Haftpflichtversicherung** Leistung an den Versicherten als (veranlasste) Drittleistung 3 III 3 b; § 3 Nr. 1 PflVersG als gesetzlicher Schuldbeitritt 3 VIII 2
- Haftungsverschärfung** Haftung nach den allgemeinen Vorschriften 9 I, im Fall der Leistungskondition 9 I 2 b, d aa; im Fall der Nichtleistungskonditionen 9 I 2 b, d bb; Fälle des § 820 BGB 9 II 4; fehlende volle Geschäftsfähigkeit des Bereicherungsschuldners 9 III; Voraussetzungen der Rechtshängigkeit 9 II 1, Bösgläubigkeit 9 II 2 und des Gesetzes- und Sittenverstoßes 9 II 3; Zurechnung des Verhaltens und Willens von Hilfspersonen 9 II 2 c bb
- Hausgiro** Erwerb des Zahlungsempfängers bei fehlender Autorisierung durch den Zahler durch Leistung oder in sonstiger Weise auf Kosten der Bank? 2 IV 2 a
- Hemdenfall** 4 I 2
- Hypothekenschuldner** Rückabwicklung der Zahlung des Scheinhypothekenschuldners wegen Nichtbestehens der gesicherten Forderung 3 VII 2
- Idealheim GmbH-Fall** 3 I 1, 3 b
- Intakte Anweisung** Rückabwicklung bei Unwirksamkeit des Deckungs- und/oder Valutaverhältnisses 2 II
- Insolvenz** Einfluss auf den Bereicherungsausgleich bei Insolvenz des Anweisenden 2 III 4 b ff. (1); Einfluss auf den Bereicherungsausgleich bei Insolvenz des Empfängers 2 III 4 b ff. (2); Entreichung der Insolvenzmasse wegen durch den rechtsgrundlosen

Erwerb gestiegener Verwaltungskosten 6 II 4 b dd; Konkurrenz zwischen § 816 II BGB und §§ 143, 129 ff. InsO 6 II 5; und Rückabwicklung nichtiger gegenseitiger Verträge 8 II 3 a, b aa

Insolvenzrisiko im Dreiecksverhältnis Zuweisung nach Maßgabe der Leistungsbeziehung, der (regelmäßig) unwirksamen Rechtsgrundbeziehung oder Interessenabwägung 3 III 2 c, 3, 5 b, IV 3, IX 2

Irrtum des Angewiesenen 3 I

Isolierte Leistungskondition Konzeption Wendehorst 5 III 1 b

Jungbullenfall 1 II 1 b, 2 b ee (1)

Kaufpreis Entreicherung des Schuldners aus Eingriffskondition wegen des an einen Dritten gezahlten Kaufpreises 5 III 2, 8 III 2 c

Kenntnis der Rechtsgrundlosigkeit → Bösgläubigkeit

Kettengiro 2 III 4 b ff. (2); IV 2 a

Konditionensystem 17 II

Konditionsauslösender Mangel als Maßstab für die Bestimmung der Parteien des Bereicherungsausgleichs im Dreiecksverhältnis 1 I 1 b, 2 d bb, 3 IV 3

Konditionsfestigkeit von Rechtsveränderungen kraft Gesetzes 13 II

Konditionstatbestände Art und Anzahl 17 II, III

Konkreter Vertrauensschutz durch § 818 III BGB 2 III 4 b dd

Kontoauszug als Rechtsscheinsgrundlage 2 IV 2 b

Kreditkartenzahlung Bereicherungsrechtlich relevante Rechtsbeziehungen 2 IV 4 a; Konsequenzen für den Bereicherungsausgleich 2 IV 4 b

Kumulationslehre (-theorie) bei der Konkurrenz Leistungskondition – §§ 987, 988 BGB 11 I 2 b bb (1); bei der Konkurrenz Aufwendungskondition – §§ 994 ff. BGB 11 II 3 c aa, bb (1)

Kundenkennung Auswirkung auf be-

reicherungsrechtliche Rückabwicklung 2 IV 2 b

Lastschrift → Abbuchungsauftragsverfahren, Einzugsermächtigungsverfahren, SEPA-Lastschrift

Leihe → Gebrauchsüberlassung

Leistungsbegriff 1 I 1; Grenzen seiner Leistungsfähigkeit bei intakter Anweisung 1 I 2 a, d, bei defekter Anweisung 2 III

Leistungsgegenstand 1 II 1 b, 6 I

Leistungskondition Erfüllungsrecht als Schlüssel zur Bestimmung der Parteien des Bereicherungsausgleichs im Dreipersonenverhältnis 1 I 2; Erfüllungsrecht als Schlüssel zur Bestimmung des Erlangten 2 I 3, 6 I; Schlüsselfunktion des Rücktrittsrechts für die Haftung des Schuldners aus Leistungskondition 8 II; Unterscheidung zwischen Rückabwicklung einseitiger Leistungen und nichtiger gegenseitiger Verträge 8 II 1–3; Verhältnis zu §§ 985 ff. BGB 11 I; Verhältnis zu §§ 677 ff. BGB 12 I

Lieferkette → abgekürzte Lieferung

Maklervertrag Bereicherungsausgleich bei Unwirksamkeit 6 I 2 c

Mehrere Konditionsschuldner Haftung im Fall der Abschöpfungs- und Aufwendungskondition 8 III 3 c; Haftung im Fall der Eingriffskondition 8 III 2 d; Haftung im Fall der Leistungskondition 8 II 4; Haftung im Fall der Rückgriffskondition 8 III 3 c

Menzelbildfall 13 II 1

Miete → Gebrauchsüberlassung

Mietrecht Verweisungen auf das Bereicherungsrecht 14 III 2 c

Mietzins als Nutzung 7 II 1, 2

Minderjährigkeit des Konditionsschuldners 9 III; Einfluss der Minderjährigkeit auf die Haftung aus Aufwendungs- und Rückgriffskondition 9 III 2 b; Haftung des Minder-

- jährigen aus Leistungskondiktion 8 II 3 c dd (2); 9 III 2 a; Haftung des Minderjährigen aus Eingriffskondiktion 9 III 2 a; Zurechnung des eigenen Verhaltens des Minderjährigen 9 III 2 c; Zurechnung des eigenen Wissens des Minderjährigen 9 III 2 c
- Mittelbare Stellvertretung** Durchgriff des Gläubigers aus Leistungskondiktion auf den vom Schuldner mittelbar Vertretenen nach § 822 BGB ? 4 II
- Naturalrestitution im Bereicherungsrecht** als Ausdruck der Vermögensorientierung des historischen Bereicherungsrechtsgesetzgebers 5 I 1; Erweiterung der Naturalrestitution durch den Rechtsfortwirkungsgedanken im Fall der Eingriffskondiktion 6 II 2 c; erlangtes Etwas als Bereicherung in Natur im Fall der Nichtleistungskonditionen 5 IV 3; Haftung des Schuldners aus Aufwendungskondiktion analog § 687 II 2 BGB und des Schuldners aus Rückgriffskondiktion analog §§ 404 ff. BGB als Haftung auf bereicherungsrechtliche Naturalrestitution 17 III
- Normativer Bereicherungsbegriff** 8 I 5 d
- Normatives Bereicherungsrecht** 17 I
- Normativierung der Bereicherungshaftung** über § 242 BGB 5 III 1 b
- Nutzungen** als erlangtes Etwas im Fall des Eingriffs in eine zum Zuweisungsgehalt eines fremden Rechts gehörende Gebrauchsbefugnis 6 II 2 c bb; und Rückabwicklung nichtiger Kaufverträge 8 II 3 c dd (3); und Rückabwicklung nichtiger Mietverträge 6 II 2 d; Restriktion des Nutzungsbegriffs in § 818 I BGB wegen Kollision mit Ausschluss des *commodum ex negotiatiōne* ? 7 II 2; spezialgesetzliche Nutzungsherausgabeansprüche und Bereicherungsrecht 13 I 2. Siehe auch → Eigentümerwechsel nach den §§ 946 ff. BGB
- Objektive Mindestbereicherung** als spiegelbildlich dem objektiven Mindestschaden im Deliktsrecht entsprechende Auswirkung des Rechtsfortwirkungsgedankens im Recht der Eingriffskondiktion 6 II 2 c bb, cc
- Objektiver Wertbegriff** → Wertbegriff
- Offene Zuordnung** der Zuwendung in Dreiecksverhältnissen statt Orientierung an Erfüllungsrecht und rechtsgeschäftlichen Wirksamkeitsvoraussetzungen der Erfüllungshandlungen ? 1 I 2 d cc, 17 I, 18
- Parkplatzfall** 16 I, II
- Parteien des Bereicherungsausgleichs in Dreiecksverhältnissen** Kriterien zur Bestimmung 1 I 2 d
- Paul-Dahlke-Fall** 5 IV 2 b aa; 6 II 2 b
- Pfandrecht** Erlöschen des Pfandrechts nach § 1253 BGB als Erwerb mit Rechtsgrund 13 II 2 a
- Postanweisungsfall** 3 I 1, 3 a
- Primäranspruch** Konzeption Wendehorst 5 III 1 b
- Principles of European Unjustified Enrichment Law (PEL)** 19
- Public policy** Einfluss auf das Bereicherungsrecht 16 I, II
- Quasivertragskondiktion** → Eingriffskondiktion
- Quasivertragliche (Mindest-) Haftung** des Schuldners aus Eingriffskondiktion 6 II 2 a
- Rangstellenvortauschung** durch Grundbucheintragung entgegen der in § 45 GBO vorgeschriebenen Reihenfolge 13 II 1, 2
- Recht zum Besitz im Sinne des § 986 BGB** aufgrund analoger Anwendung der §§ 814, 815, 817 S. 2 BGB 11 I 1 c
- Rechtmäßiges Alternativverhalten** als Einwendung des Kondiktionsgläubigers gegen die Berufung des Schuldners aus Eingriffskondiktion auf feh-

- lende Ersparnis von Aufwendungen ?
5 III 1 a
- Rechtsangleichung** des Bereicherungsrechts in der Europäischen Union 19
- Rechtsfolgenverweisung** → Verweisung
- Rechtsfortbildung** der §§ 812 ff. BGB von einem ursachen- und funktionsneutralen zu einem nach Ursachen und Funktionen differenzierenden, auf funktional ähnliche Rechtsinstitute abgestimmten Bereicherungsrecht als verfassungsrechtliches Gebot 5 IV 2 b aa
- Rechtsfortwirkung** als Grund für eine gegenstandsorientierte (Mindest-) Haftung im Bereicherungsrecht und im Schadensersatzrecht 6 II 2 c bb
- Rechtsfortwirkungsanspruch** der Eingriffskondiktion in der Konkurrenz mit den §§ 987 ff. BGB 11 II 2 c aa
- Rechtsfortwirkungsfunktion** des § 816 I 1 BGB 1 II 2 b dd
- Rechtsfortwirkungsgedanke** als Besonderheit der Eingriffskondiktion 17 II
- Rechtsgrundverweisung/Rechtsgrundlagenverweisung** → Verweisung
- Rechtshängigkeit** Voraussetzungen → 9 II 1
- Rechtsschein** → Anscheinsbotenmacht, Anscheinermächtigung, Anscheinsvollmacht
- Rechtsscheinsgrundlage** scheinbare Besitzverschaffungsmacht als Rechtsscheinsgrundlage für gutgläubigen Erwerb? 4 I 2
- Reform** des Bereicherungsrechts 18
- Rückerwerb** Pflicht des Schuldners aus Leistungskondiktion zur Wiederbeschaffung des Kondiktionsgegenstandes 7 III 2 a bb, b
- Rückgriffskondiktion** Anwendungsfälle im Rahmen des Bereicherungsausgleichs im Dreiecksverhältnis 1 I 2 b, d cc (2), 2 IV 1, 3 III 4; Funktion Regress gegen den Schuldner wegen Erfüllung der Schuldnerpflicht 6 II 3; Rechtsfolge Analogie zu §§ 404 ff. BGB 6 II 3, 8 III 1; Verhältnis zur Geschäftsführung ohne Auftrag 12 III
- Rücktrittsrecht** als allgemeine Vorschriften im Sinne der §§ 818 VI, 819, 820 BGB für die Leistungskondiktion 9 I 2 b, d aa, II 4 a; als besondere (§ 818 I – III BGB verdrängende) Vorschriften für die Rückabwicklung nichtiger gegenseitiger Verträge 8 II 3 c dd; als Orientierung für die Bestimmung der Parteien des Bereicherungsausgleichs im Dreiecksverhältnis 1 I 2 d bb, 2 II 2 b, 3 VI 3 b; Verhältnis zum Bereicherungsrecht 5 III 1 a, c, 10 I, 15 II
- Sachenrecht** Verweisungen auf das Bereicherungsrecht 14 III 2 g
- Sachenrechtliche Wertungen** Einfluss auf den Bereicherungsausgleich im Dreiecksverhältnis 1 I 2 d bb
- Sachgefahr** Übergang auf den Empfänger bei Leistung von Eigenbesitz 6 I 3
- Saldotheorie** Entwicklung der Rechtsprechung 8 II 3 a; Schwächen 8 II 3 b bb
- Schadensersatzhaftung** Konkurrenz zum Bereicherungsrecht 10 II
- Schadensersatzrecht** als spiegelsymmetrische Orientierung für das Recht der Nichtleistungskonditionen 5 IV 1, 3, 6 II 1, 8 I 2, III 1, 17 II
- Schädigungsverbot** → Entreichereinwand
- Scheckverkehr** Defekter Scheck 2 IV 5 b; widerrufenen Scheck 2 IV 5 c
- Schenkungsrecht** Verweisungen auf das Bereicherungsrecht 14 III 2
- Schuldbeitritt** Rückabwicklung wegen Unwirksamkeit des Beitrittsvertrags und wegen Nichtbestehens der Forderung 3 VIII 2
- Schuldrechtsreform** Auswirkungen auf das Verhältnis der Leistungskondiktion zum Rücktrittsrecht 10 I
- Schuldübernahme** Rückabwicklung wegen Unwirksamkeit des Übernahmevertrags und wegen Nichtbeste-

- hens der ursprünglichen Forderung 3 VIII 1
- Sekundäranspruch** Konzeption Wendehorst 5 III 1 b
- Selbsterfüllung der Schuld durch Gläubiger** Rückgriffs- oder Abschöpfungskondiktion? 6 II 3 c
- SEPA-Lastschrift** → Abbuchungsauftragsverfahren
- Sittenwidrigkeit** im Anweisungsfall 2 III 4 b cc, ee; verschärfte Haftung 9 II 3
- Spezialgesetzliche Bereicherungstatbestände** 13 I
- Sphärentheorie** als Lösungsvorschlag für die Fälle der defekten Anweisung 2 III 3 b
- Steuern** gezahlte Haltersteuern als Entreichung 8 II 2 b dd
- Subanspruch** Konzeption Wendehorst 5 III 1 b
- Subsidiarität der Nichtleistungskondiktion** Gläubigerbezogene Subsidiarität 1 II 1 c aa, 2 a; schuldnerbezogene Subsidiarität 1 II 1 c bb, 2 b; Verhältnis der gläubigerbezogenen Subsidiarität zum sog. auch-fremden Geschäft nach den §§ 677 ff. BGB 12 V; Vorrang der Leistungsbeziehung nach dem gläubigerbezogenen Subsidiaritätsgrundsatz vor § 985 BGB? 11 I 1
- Surrogat** Abgrenzung zum erlangten Etwas 2 II 2, 7 I 3; und § 816 I 1 BGB 6 II 2 a; Verhältnis von § 818 I BGB zu § 818 II BGB 2 II 2, 7 III 1
- Synallagma** Inhalt der Lehre vom sog. faktischen Synallagma 8 II 3 b bb (3); (Do-ut-des) Zweckbestimmung als Konstituens des synallagmatischen Zusammenhangs von Leistung und Gegenleistung trotz Nichtigkeit des gegenseitigen Vertrags 3 IV 3; 8 II 3 b bb (3), c bb
- Täuschung** → Angefochtene Anweisung, Irrtum des Angewiesenen
- Technisches Bereicherungsrecht** 17 I
- Teilnichtigkeit der Anweisung** 2 III 4 b bb; des Darlehensvertrags mit Aufrechterhaltung der Pflicht zur Rückgewähr der Valuta 6 I 2 d bb (2)
- Teilunmöglichkeit** 7 III 2 c dd
- Tilgungsbestimmung** → Zweckbestimmung
- Trennungslehre** auf der Ebene des Tatbestands der Leistungskondiktion und der Nichtleistungskonditionen 15 I, auf der Rechtsfolgenseite der Leistungskondiktion und der Nichtleistungskonditionen 15 II
- Überweisung im Bankverkehr** Kausale Weisung ohne abstrakte Anweisung (Ermächtigung nach § 185 BGB) des Überweisenden? 2 IV 1 b; Kontoauszug des Empfängers als Grundlage für Anscheinsbotenmacht der überweisenden Bank 2 IV 2 b; Leistung der (Empfänger-)Bank an den Überweisungsempfänger 2 IV 2 a; Wirkung der Kundenkennung im Valutaverhältnis Überweisender – Überweisungsempfänger? 2 IV 2 b. Siehe auch → Zahlungsdiensterecht
- Ungewisser Erfolgseintritt** (§ 820 BGB) 9 II 4
- Unmittelbarkeit der Vermögensverschiebung** als grundsätzliche Voraussetzung (Ausnahme §§ 816 I 2, 822 BGB) für einen Anspruch aus Abschöpfungskondiktion 6 II 5
- Unentgeltlicher Dritterwerb nach § 822 BGB** als Ausnahme von der gläubigerbezogenen Subsidiarität der Nichtleistungskonditionen 1 II 1 c aa; keine Anwendung des § 822 BGB auf die Weitergabe des rechtsgrundlos Erworbenen an den durch den Erwerber mittelbar Vertretenen 4 II
- Unentgeltlicher Dritterwerb nach § 816 I 2 BGB** als Ausnahme von der schuldnerbezogenen Subsidiarität der Nichtleistungskonditionen 1 II 2 b dd (1)

Unentgeltlicher Besitzerwerb nach

§ 988 BGB Beschränkung der Unentgeltlichkeit auf Schenkungen 6 II 4 c; keine Gleichstellung des rechtsgrundlosen mit dem unentgeltlichen Besitzerwerb 11 I 2 c aa (2)

Unmöglichkeit der Herausgabe im Sinne des § 818 II BGB 2 II 2 a, 7 I 3, 7 III 2

Unternehmensgewinn als aus rechtsgrundlos erworbenem Unternehmen gezogener Gewinn 7 II 4

Ursache der Bereicherung Einfluss auf die Rechtsfolgen 5 IV, 15 II

Veranlassungstheorie als Lösungsvorschlag für die Fälle der defekten Anweisung 2 III 3 b

Verbundenes Geschäft als Beispiel für die Kollision der rechtsgeschäftlichen Partnerwahl mit zwingendem Gesetzesrecht 1 I 2 d cc (2); als Beispiel für den Einfluss der public policy auf den Bereicherungsausgleich 15 II; Rückabwicklung nach wirksamem Widerruf des Verbrauchers 3 IX 1; Rückabwicklung wegen Nichtigkeit des Umsatzgeschäfts und/oder des Verbraucherdarlehensvertrags 3 IX 2

Verfügung eines Nichtberechtigten als Eingriff in den Zuweisungsgehalt eines fremden Rechts 1 II 2 b dd

Verjährung Auswirkung auf Bereicherungsanspruch 13 II

Verkehrswert → Wertbegriff

Verlustrisiko des Schuldners aus (Besitz-)Eingriffskondiktion 8 III 2 a; des verschärft haftenden Schuldners aus Leistungskondiktion 9 I 2 d aa (2)

Vermögensentscheidungslehre als grundsätzliche Alternative zur Saldotheorie 5 III 1 a, 8 I 2, 5 a

Vermögenswert als Bereicherungsgegenstand 6 I 1

Verschärfte Haftung → Haftungsverstärkung

Versicherungsschutz als Leistungsgegenstand des unwirksamen Versiche-

rungsvertrags ohne Eintritt des Versicherungsfalls 6 I, 2 e

Versionsklage 4 II

Vertrag zugunsten Dritter Rückabwicklung bei Inhaltsgleichheit der Schuld im Deckungs- und Valutaverhältnis 3 IV 2, 3, 4; Rückabwicklung bei inhaltlicher Verschiedenheit der Schuld im Deckungs- und Valutaverhältnis 3 IV 2, 3, 4

Vertreter ohne Vertretungsmacht als Vertreter des Anweisenden bei abgekürzter Lieferung 2 III 3 b cc, 4 b aa; als Überweisender ohne Kontovollmacht 2 IV 1 a

Verweisung Rechtsgrundlagen- und Rechtsfolgenverweisung 14; Voll- und Teilverweisung 14 II; Verweisungen in den einzelnen Rechtsgebieten 14 III 2

Verwendungen im Sinne der §§ 994 ff. BGB und Aufwendungskondiktion 11 II 3 c; und Leistungskondiktion 11 I 3 b bb, c cc

Verzinsungspflicht des verschärft haftenden Schuldners aus Nichtleistungskondiktion im Fall einer Geldschuld 9 I 2 c

Verzug im Fall der verschärften Haftung aus Leistungskondiktion 9 I 2 d aa (4); Beschränkung der Verzugshaftung analog § 990 II BGB im Fall der verschärften Haftung aus Nichtleistungskondiktion 9 I 2 d bb (2)

Vindikation Anspruchs Konkurrenz im Verhältnis zum Primäranspruch aus Leistungskondiktion 11 I 1 und im Verhältnis zu den Primäransprüchen aus (Besitz-) Eingriffskondiktion 11 II 2 a, sonstiger (Besitz-) Nichtleistungskondiktion 11 II 3 b, c

Vindikationshaftung Vorrang der Haftung aus Leistungskondiktion vor der Vindikationshaftung 11 I 2; Anspruchs Konkurrenz zwischen Vindikationshaftung und Haftung aus Eingriffskondiktion 11 II 2 b, c; Vorrang der Vindikationshaftung vor der Haftung aus sonstiger Nichtleistungs-

- kondiktion 11 II 3 b, c. Siehe auch **Eigentümer-Besitzer-Verhältnis**
- Vorschussleistung** bei Überweisungen durch Ermächtigung der Bank zur Verfügung über das Konto des Überweisenden (§§ 362 II, 185 BGB analog) 2 IV 1 b
- Wahlmöglichkeit** des Bereicherungsgläubigers in Gestalt der nachträglichen Erklärung des Drittleistungswillens 3 III 2 c 5; des Bereicherungsschuldners im Fall der Aufwendungskondiktion analog § 687 II 2 BGB zwischen Verzicht auf die Realisierung des Aufwendungserfolgs und Erstattung seiner Aufwendungserparnis 6 II 4 b bb
- Wegfall der Bereicherung** → Entreichereinwand
- Werkleistung** als erlangtes Etwas 6 I 1, 2 c
- Wertbegriff** Lehre vom subjektiven Wertbegriff 7 III 3
- Wertermittlung** Einfluss des Zwecks der Leistung 6 I 2 c; Einfluss des quasivertraglichen Charakters der Haftung aus Eingriffskondiktion 7 III 4 a
- Wertersatz** 7 III; (objektiver) Wert als Höchstgrenze der Schuld aus Eingriffskondiktion ? 6 II 2 c cc
- Widerruf** der Anweisung 1 I 2 b, 2 III 4 b dd; des Schecks 2 IV 5 c; des verbundenen Geschäfts 3 IX 1; der Überweisung im bargeldlosen Zahlungsverkehr 16 II
- Wiederbeschaffung** → Rückerwerb
- Wirtschaftsrecht** und Bereicherungsrecht 16 I, II
- Wucherdarlehen** Leistungsgegenstand 6 I 1, 2 d bb; Anspruchsgrundlage für Rückgewähr der Darlehensvaluta bei Nichtigkeit des Darlehensvertrags 6 I 2 d bb
- Zahlstelle** 2 III 4 b ff. (2)
- Zahlungsdienstrecht** Sperre für Leistungskondiktion Zahlungsdienstleister – Zahler durch § 675u BGB 2 IV 1 a; Sperre für Abschöpfungs- und Rückgriffskondiktion Zahlungsdienstleister – Zahler durch § 675u BGB ? 2 IV 1 a, b
- Zeitpunkt für Wertermittlung** Rechtslage in der Normalsituation 7 III 4 b aa, bb (1); Rechtslage in den Fällen des § 951 I BGB 7 III 4 b aa, bb (2)
- Zessionsfälle** Rückabwicklung bei Unwirksamkeit der Abtretung 3 VI 1 a, 3 a; Rückabwicklung bei Nichtbestehen der abgetretenen Forderung 3 VI 1 a, 2, 3; Unterscheidung je nach rechtsgeschäftlicher oder gesetzlich bzw. hoheitlich erzwungener Abtretung? 3 VI 1 b, 2; Unterscheidung je nach Verhalten des Zessionars? 3 VI 2, 3 e; Unterscheidung je nach endgültiger oder vorübergehender Abtretung 3 VI 1 b, 3 a, e; Verhältnis zu den Anweisungsfällen 3 VI 3 d, 18
- Zuweisungsgehalt** Abgrenzung von Zuweisungsgehalt und daraus Erlangtem 6 II 2 c cc (2), 8 III 2 c; Inhalt des Begriffs 12 II a, b; Zusammenhang mit der rechtlichen Grundentscheidung für eine Wettbewerbswirtschaft 16 I
- Zuwendung** als (im Verhältnis zum Empfänger) zweckneutrale Mehrung fremden Vermögens durch den Zuwendenden 1 I 2 a, d aa; (rechtsgrundlose) Zuwendung als Fall der Abschöpfungskondiktion 6 II 5
- Zwangsvollstreckung** in schuldnerfremde Sache als Fall der Abschöpfungskondiktion (Dritteingriffskondiktion) 5 IV 2 b bb, 8 III 3 b; Kosten der Zwangsvollstreckung in eine schuldnerfremde Sache als Entreichereung des Vollstreckungsgläubigers 8 III 2 c
- Zweckbestimmung** als Mittel der Zuordnung der Zuwendung zu einem bestimmten (vermeintlichen) Rechtsgrund 1 I 2 a; als Erläuterung des wirtschaftlichen Sinns der Zuwendung

1 I 2 d aa; als (empfangsbedürftige)
Willenserklärung 1 I 2 d cc; als Be-
standteil der Anweisung 1 I 2 b; als
Bestimmung des Inhalts der Leistung
6 I 2 c, d; Auslegung vom Empfänger-

horizont 3 I 3 b; do-ut-des-Zweck-
bestimmung als Zuordnung der Zu-
wendung zu einem (unwirksamen)
Austauschvertrag 8 II 3 c bb
Zweikonditionentheorie 8 II 3 a